aktion europa

Die Bundesregierung

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Europäische Kommission

Europa.

Das Wissensmagazin für Jugendliche

Impressum

Europa. Das Wissensmagazin für Jugendliche, herausgegeben von der aktion europa (Bundesregierung, Europäisches Parlament, Europäische Kommission), überarb. Neuaufl., Berlin 2012. Verantwortlich für den Inhalt: aktion europa. Text: Eckart D. Stratenschulte, Berlin. Redaktion: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Vertrieb: Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation, Berlin. Layout: Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation, Berlin / MetaDesign AG, Berlin. Druck: Silber Druck oHG, Niestetal. Bildnachweis: BMU, Bundesbildstelle, creativ-collection, dpa Picture-Alliance GmbH, Europäische Kommission, Europäisches Parlament/Referat Audiovisuelle Medien, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union, iStock, Katy Otto, MEV, Photocase, Photodisc, Stockbyte.

Inhalt

1 Europa im Alltag 4

Hi! Wir sind von der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin und führen euch durchs Magazin.

2 Die Europäische Union – wer ist das eigentlich? 10

Die Europäische Union, das sind 27 Staaten, die sich zusammengeschlossen haben, um ihr Schicksal gemeinsam in die Hände zu nehmen.

3 Wie funktioniert die Europäische Union? 16

Oft wird die EU mit einem Staat verglichen. Doch ist die EU ganz anders aufgebaut.

4 Die EU – was macht die eigentlich? 24

Manche Leute sagen, die EU tue nicht genug, andere sagen, sie würde sich überall einmischen. Was ist dann richtig?

5 Europa geht weiter – die Erweiterung der Europäischen Union 30

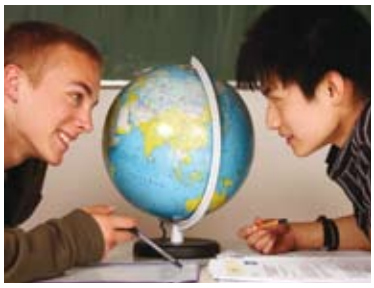
Die Europäische Union wurde von sechs Staaten gegründet, war aber immer auf das ganze Europa angelegt, also offen für weitere Mitglieder.

6 Europa in der Welt 36

Wir Europäer sind nicht allein auf der Welt. Wir sind nicht einmal die Mehrheit der Weltbevölkerung, bei Weitem nicht.

7 Die Zukunft Europas 42

Und wie geht es weiter? Die Aufgaben der EU im 21. Jahrhundert.



1 Europa im Alltag

„Hi! Wir sind Alice, Jello, Patricia, Motian und Janette von der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin, einer Gesamtschule mit deutsch-polnischen Europa-Klassen. Ihr werdet uns mit ein paar wichtigen Infos in diesem Magazin wiedersehen. An vielen Stellen findet ihr interessante Aufgaben, kleine Quiz- und Diskussionsideen. Ihr werdet sehen: Lernen kann auch Spaß machen!“

Europa liegt woanders. Dieser Satz ist natürlich unsinnig, denn wir sind ja mittendrin in Europa. Aber dennoch ist Europa für viele Menschen weit weg, vor allem die Europäische Union, also der Zusammenschluss von europäischen Staaten, die ihr Schicksal gemeinsam gestalten wollen. Ziel dieses Kapitels ist es, sich ein wenig mit der Europäischen Union vertraut zu machen. Sie werden schnell sehen: Europa ist hier!

Aufgabe

Wie weit weg ist „Brüssel“?

Täglich hören wir von der Europäischen Union in den Nachrichten oder lesen von ihr in den Zeitungen. Dennoch interessieren sich viele gar nicht für die EU. Woran, meinen Sie, liegt das?

- ☐ Die EU ist für unser Leben nicht wichtig.
- ☐ Die EU ist viel zu kompliziert.
- ☐ In der EU wird nur Englisch und Französisch gesprochen, und das kann eben nicht jeder.
- ☐ Die Medien bringen nicht genug über die EU.
- ☐ Alle bedeutenden politischen Fragen werden in Deutschland entschieden, daher reicht es, sich mit deutscher Politik zu befassen.
- ☐ Politik ist generell langweilig.

Aufgabe

Und wie ist das bei Ihnen persönlich?

Ich interessiere mich für die Europäische Union:

☐ sehr stark ☐ ziemlich stark ☐ mittel
☐ wenig ☐ sehr wenig ☐ gar nicht

weil _____

Kleines Europaquiz

Wie viele Mitglieder hat die Europäische Union?

☐ 15 ☐ 25 ☐ 27
☐ 28 ☐ 29 ☐ 30

Wie werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt?

- ☐ gar nicht, sie werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundeskanzlerin ernannt
- ☐ bei der Bundestagswahl, da die Europaabgeordneten ja zugleich Bundestagsabgeordnete sind
- ☐ sie werden von den Länderparlamenten in das Europaparlament entsandt
- ☐ in allgemeinen und geheimen Wahlen, genau wie die Bundestags- oder Landtagsabgeordneten

Wie viele Staaten der EU haben die gemeinsame Währung, den Euro?

☐ alle EU-Staaten ☐ die 6 Gründerstaaten
☐ 13 Staaten ☐ 17 Staaten

Die EU gibt im Jahr über 126 Mrd. Euro aus (Haushalt 2011). Wie viel Prozent davon werden für die Verwaltung aufgewendet?

☐ 80,4 Prozent ☐ 50,2 Prozent ☐ 30,8 Prozent
☐ 15,7 Prozent ☐ 6,5 Prozent

Der Europäische Gerichtshof wacht über die Einhaltung des europäischen Rechts. Wo hat der Gerichtshof seinen Sitz?

☐ in Karlsruhe ☐ in Brüssel
☐ in Straßburg ☐ in Luxemburg

Aufgabe

Was hat die EU mit unserem Leben zu tun? Zehn Beispiele

Unser Leben	Was hat die EU damit zu tun	Das halte ich für … sehr wichtig	wichtig	unwichtig
Deutschland ist „Exportmeister“, d. h., es exportiert mehr als jedes andere europäische Land. Weltweit ist Deutschland die Nummer drei. Dadurch werden bei uns viele Arbeitsplätze gesichert.	Fast zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die anderen EU-Staaten, ohne durch Zollschranken behindert zu werden: ein Ergebnis des gemeinsamen Binnenmarkts.	☐	☐	☐
Telefonieren ist in den letzten Jahren deutlich billiger geworden.	Die EU hat den Telekommunikationsmarkt liberalisiert, d. h., die nationalen Monopole wurden aufgebrochen und Konkurrenz zugelassen. Wo die Konkurrenz nicht ausreichend funktioniert, greift die EU direkt ein. So sind Auslandstelefonate mit dem Handy und mobile Internetnutzung auf Betreiben des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission billiger geworden.	☐	☐	☐
Fliegen ist in den letzten Jahren sehr viel preisgünstiger geworden, sodass sich jetzt auch Jugendliche und Familien mit Kindern Flüge eher leisten können.	Die EU hat auch hier die nationalen Monopole abgeschafft und Konkurrenz zugelassen. Jetzt kann man auch von Deutschland aus mit einer britischen Airline nach Spanien fliegen. Außerdem wurden die Rechte der Passagiere gestärkt. Wer wegen Überbuchung stehen bleibt oder wegen großer Verspätung seinen Termin verpasst, wird entschädigt.	☐	☐	☐
Sogenannte **Haustürgeschäfte**, bei denen einem eine Enzyklopädie oder ein Staubsauger aufgeschwatzt wird, können widerrufen werden, sodass dem Überrumpelten kein Schaden entsteht. Das gilt auch, wenn man auf der Straße ein Zeitschriftenabonnement oder einen anderen Vertrag unterschreibt. Auch dem Betrug im Internet schiebt die Europäische Union einen Riegel vor.	Die EU hat diesen Geschäften durch eine Richtlinie europaweit einen Riegel vorgeschoben. Jetzt kann jeder nach einem solchen Geschäft noch einmal überlegen – auch wenn er schon unterschrieben hat. Bei Internetbestellungen müssen durch einen gesonderten „Button“ die Kosten angezeigt werden.	☐	☐	☐

Unser Leben	Was hat die EU damit zu tun	Das halte ich für … sehr wichtig	wichtig	unwichtig
Die **Gewährleistungszeit** für Konsumgüter wie z. B. elektronische Geräte beträgt jetzt zwei Jahre. Also: Wenn das Handy nach einem Jahr kaputtgeht, wird es kostenlos repariert oder ausgetauscht.	Durch EU-Regelungen wurden einheitliche Fristen geschaffen. In Deutschland betrug die Garantiezeit vorher in der Regel nur ein halbes Jahr. Außerdem: Die Garantie gilt europaweit. Es ist also egal, ob der Kunde den Gegenstand in Deutschland, in Frankreich oder in Litauen gekauft hat.	☐	☐	☐
Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Atmen müssen wir alle. Daher ist die Reinheit der Luft von besonderer Bedeutung. In den letzten Jahren ist unsere Atemluft besser geworden.	Die EU hat europaweit verbindliche Standards für die Qualität der Atemluft eingeführt, die die Mitgliedstaaten durch konkrete Maßnahmen umsetzen müssen.	☐	☐	☐
Wasser ist zum Waschen da. Aber nicht nur: Vor allem trinken wir es auch. Da ist die **Qualität** entscheidend. Wer in der EU lebt, kann den Wasserhahn bedenkenlos aufdrehen und sein Glas darunterhalten.	Seit mehr als zehn Jahren gibt es EU-Standards für Trinkwasser, an die sich alle Mitgliedstaaten halten müssen.	☐	☐	☐
Reisen in Europa ist heute sehr einfach. Zwischen den meisten europäischen Staaten gibt es keine Grenzkontrollen mehr.	Die EU hat durch das Schengener Übereinkommen die Grenzkontrollen zwischen den Staaten überflüssig gemacht. Das Reisen vom Nordkap bis nach Sizilien ohne eine einzige Grenzkontrolle, das ist die EU in der Praxis. Nur Großbritannien, Irland und Zypern bilden eine Ausnahme. Bulgarien und Rumänien wollen dem Schengenverbund beitreten.	☐	☐	☐
Deutsche können in vielen Staaten Europas genauso arbeiten wie zu Hause. Jede(r) kann sich überlegen, **wo es ihm oder ihr am besten gefällt oder wo er/sie Arbeit findet.**	Die EU hat innerhalb ihres Binnenmarktes die Freizügigkeit geschaffen. Arbeiten in Brüssel oder Rom, in London oder Warschau ist für einen Berliner genauso möglich wie eine Tätigkeit in München oder Köln.	☐	☐	☐
Leider kann man auch **im Urlaub krank** werden oder einen Unfall haben. Da ist es gut, wenn man unkompliziert und ohne bezahlen zu müssen behandelt wird, wie das in vielen europäischen Ländern der Fall ist.	Die EU-Staaten stellen sich gegenseitig ihr Krankenversicherungssystem zur Verfügung. Man braucht nur die Europäische Versicherungskarte oder ein entsprechendes Formular vorzuweisen – und kann sich auf die Genesung konzentrieren, statt sich mit einer Bürokratie herumzuschlagen, deren Sprache man vielleicht nicht einmal spricht.	☐	☐	☐

Aufgabe

Zu welchen Antworten sind Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler gekommen?

Werten Sie das Ergebnis aus und diskutieren Sie Ihre Einschätzungen!

Aufgabe

Die EU bei uns zu Hause

Denken Sie an Ihren Alltag und an den Ihrer Familie. Wo kommt die EU dabei vor? Finden Sie Beispiele! Denken Sie an Lebensmittel und Geld, an Schule, Studium und Verreisen, an Einkaufen und an Arbeiten.

Ausbildung und Studium im EU-Ausland

Die Freizügigkeit wird übrigens nicht nur von Arbeitskräften in Anspruch genommen, sondern auch von Touristen, Rentnern – und Auszubildenden. Es gibt ein spezielles EU-Programm namens Leonardo da Vinci (im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Lebenslanges Lernen), das die Ausbildung über europäische Grenzen hinweg mit Geld und organisatorischer Unterstützung fördert. Über 10.000 junge Leute aus Deutschland machen davon jedes Jahr Gebrauch und absolvieren einen Teil ihrer Lehre in einem anderen Land. Das Programm arbeitet mit Unternehmen und Institutionen zusammen. So entstehen Projekte, für die sich junge Leute (Auszubildende, junge Arbeitnehmer, aber auch junge Arbeitslose) bewerben können.

Das kostet vielleicht am Anfang etwas Überwindung, sich auf ein solches Projekt in einem anderen Land einzulassen. Aber die Erfahrungen, die die Jugendlichen machen, sind sehr positiv. Auch bei Studenten wird die Mobilität gefördert. Hierfür gibt es das Erasmus-Programm. Es bietet Studierenden die finanzielle und organisatorische Unterstützung eines Auslandsaufenthaltes an einer europäischen Partnerhochschule. Durch ein europäisches Punktesystem ist sichergestellt, dass die Leistungen im Ausland auch auf das Studium zu Hause angerechnet werden. Auslandssemester sind also auch in dieser Hinsicht nicht „verloren“.

Alice: „Rund 213.000 Studierende verbrachten im Rahmen von Erasmus 2009/2010 einen Studienaufenthalt im Ausland oder haben dort ein längeres Praktikum absolviert. Auch 37.000 Hochschullehrer nahmen an dem Austausch teil. Aus Deutschland sind im akademischen Jahr 2009/2010 rund 29.000 Studierende in andere EU-Länder gegangen, um dort einen Teil ihrer Ausbildung zu absolvieren. 26.000 ausländische Studierende sind zu uns gekommen.“

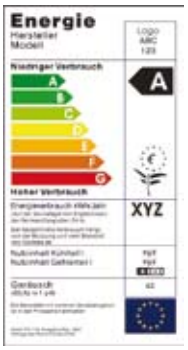
Aufgabe

Können Sie sich vorstellen, selbst einen Ausbildungsabschnitt oder ein Studienjahr oder gar das ganze Studium im Ausland zu verbringen?

Fertigen Sie eine Liste mit Argumenten dafür und dagegen an! Welche Seite überwiegt?

Argumente für einen Ausbildungsabschnitt im Ausland	Argumente gegen einen Ausbildungsabschnitt im Ausland
1.	1.
2.	2.
3.	3.
4.	4.

Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse und sprechen Sie darüber!



Aufgabe

Europäische Symbole

Kennen Sie die abgebildeten Symbole und Dinge? Wo kann man sie finden? Überlegen Sie, was sie mit Europa und mit unserem Leben zu tun haben!

Europa im Alltag

Wir haben mit der Frage begonnen, warum Europa für viele Menschen so weit weg zu sein scheint. Europa, genauer gesagt: die Europäische Union, ist in Wirklichkeit ganz nah. Sie bestimmt unser Leben in vielen Bereichen.

Das geht schon beim Geld los: Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung, die zwar noch nicht alle Staaten übernommen haben, aber doch mehr als die Hälfte. Beim Urlaub in Italien, Spanien oder auf Malta können wir mit unserem gemeinsamen Geld bezahlen. Auch in der ganzen Welt wird der Euro als starke Weltwährung gerne genommen. Daran haben auch die aktuellen Turbulenzen in der Währungsunion nichts geändert.

Auch ist Reisen in der EU leichter geworden. Vor noch gar nicht allzu langer Zeit gab es Passkontrollen und Staus an der Grenze, und der Zoll hat genau geguckt, was wir aus Italien oder Spanien mitgebracht haben.

Das Fliegen ist viel billiger geworden; auch das hat mit der EU zu tun, die die nationalen Monopole aufgehoben hat. Das heißt, es gibt nicht mehr eine nationale Fluggesellschaft pro Land, die alleine die Routen befliegen und hohe Preise kassieren darf, sondern jede Fluggesellschaft innerhalb der EU kann hinfliegen, wohin sie will. So kann man heute von Deutschland nach Frankreich einen Flug mit einer irischen Fluggesellschaft buchen – zum Beispiel.

Dass Fliegen in der EU sicher ist, hat auch wiederum damit zu tun, dass die Europäische Union für alle Mitgliedstaaten gemeinsame Sicherheitsstandards festgelegt hat und Schrottmaschinen nicht in unseren Luftraum lässt.

Viele dieser Regelungen sind dem Binnenmarkt geschuldet. Wenn man einen einheitlichen Markt haben will, in dem jeder einkaufen und produzieren kann, wie und wo er will, muss es gemeinsame Regeln geben.

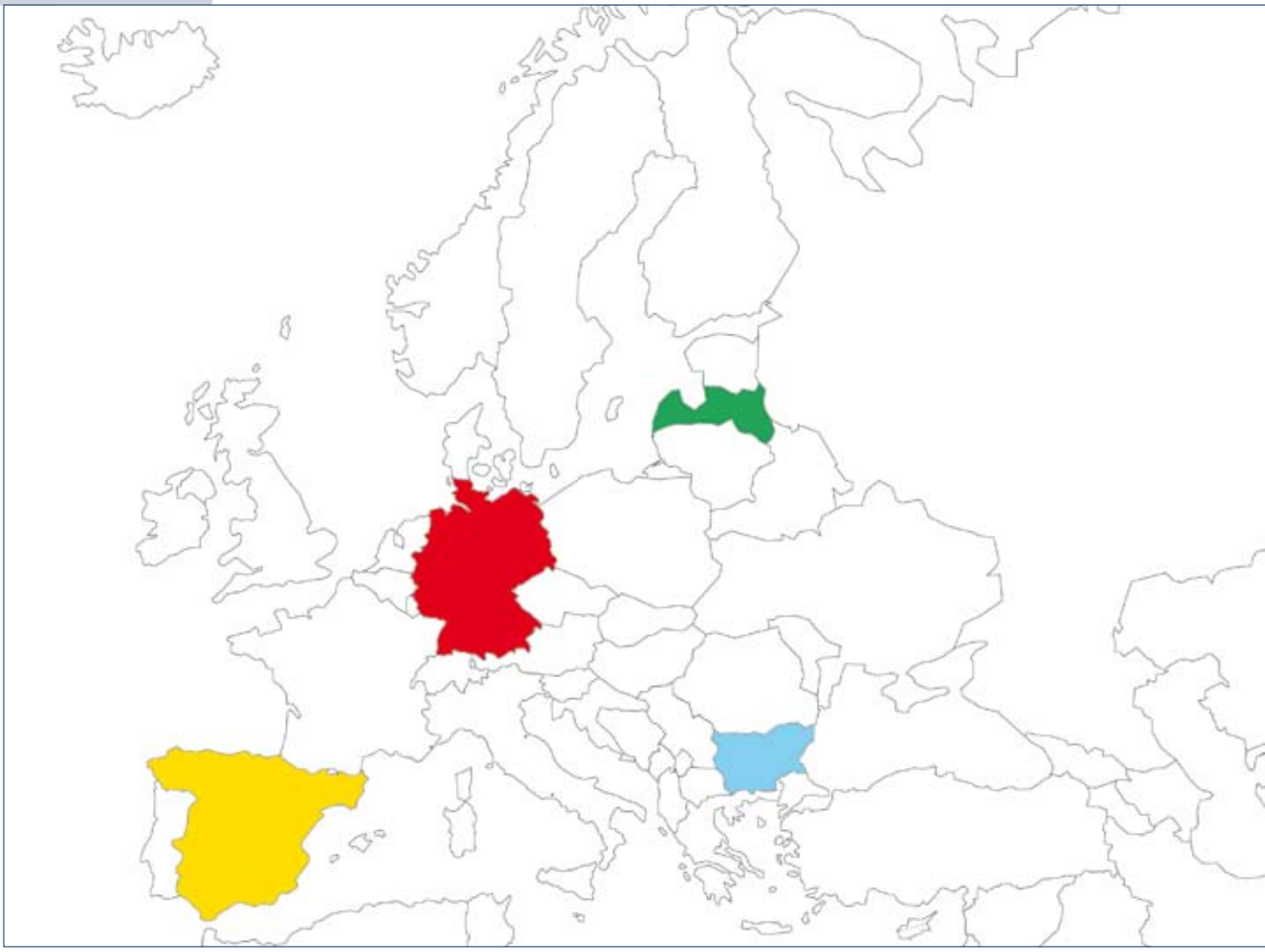
Auch die Polizeibehörden der EU arbeiten eng zusammen, und eine eigene Institution, Europol, koordiniert die Daten. Das sind keine Supercops, die mit gezogener Pistole durch Europa rasen, sondern nationale Polizeibeamte, die Informationen über Kriminelle und Kriminalität zusammentragen und den Polizeibehörden in der ganzen EU zur Verfügung stellen. Dabei geht es immer um schwere Kriminalität, um Menschenhändler und Drogenschmuggler, Geldfälscher und Sexualverbrecher, Autoschieber und Internetbetrüger. Um Falschparker kümmert sich Europol nicht.

Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzschildern halt. Europäischer Umweltschutz garantiert durch gemeinsame Standards, dass sich nicht ein Land in der EU gegenüber den anderen wirtschaftliche Vorteile verschaffen kann, indem es keine Umweltauflagen erfüllt und dadurch billigere Waren produzieren kann. Die Pflicht zur Fairness im europäischen Binnenmarkt sichert auch Arbeitsplätze bei uns, weil sie unlautere Konkurrenz verhindert.

Viele Menschen lehnen genmanipulierte Lebensmittel ab. Aber wie soll man sehen, ob die Cornflakes aus genverändertem Mais hergestellt sind? Die EU hat allen Lebensmittelherstellern die Kennzeichnung zur Pflicht gemacht. Wo Genmanipulation drin ist, muss es auch draufstehen. Durch eine Richtlinie des Jahres 2010 wurde der Verbraucherschutz bei Lebensmitteln generell erhöht. Durch einen gut lesbaren Aufdruck auf der Verpackung müssen eine Reihe von Informationen wie Zutaten, Haltbarkeit, Füllmenge oder Herstellerbetrieb bereitgestellt werden. Der Kunde hat die Wahl, aber er soll wissen, worauf er sich einlässt.

Die Beispiele zeigen: Europa – das sind wir alle. Und: Europa betrifft uns alle.

2 Die Europäische Union – wer ist das eigentlich?



Die Europäische Union, das sind 27 Staaten, die sich zusammengeschlossen haben, um ihr Schicksal gemeinsam in die Hände zu nehmen. Wer sind die Staaten, die gemeinsam die Europäische Union bilden, und warum haben sie sich zusammengetan?

Aufgabe

Staaten der Europäischen Union – wer gehört dazu?

Hier sehen Sie eine Liste mit einer Auswahl von Staaten, die in Europa liegen. Finden Sie heraus, welche dieser Länder zur EU gehören und seit wann! Tragen Sie die Staaten nach Beitrittsjahr geordnet in die Tabelle ein und markieren Sie sie anschließend mit der entsprechenden Farbe in der Karte (siehe Beispiele). So können Sie auf einen Blick sehen, wie die EU gewachsen ist.

Wer gehört dazu?

Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vatikanstadt, Zypern.

Land	Beitrittsjahr	Einwohnerzahl	Hauptstadt
	1952/58		
	1952/58		
	1952/58		
	1952/58		
	1952/58		
	1952/58		
	1973		
	1973		
	1973		
	1981		
	1986		
	1986		
	1995		
	1995		
	1995		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2004		
	2007		
	2007		

Aufgabe

Ländersteckbriefe

Was wissen Sie zusätzlich über die Länder – oder was können Sie herausfinden?
Bitte tragen Sie Ihre Informationen in Gruppen zusammen und stellen Sie sie systematisch dar! Was wissen Sie über Essen, Kultur, Sprachen in diesen Ländern? Fertigen Sie über die Länder, über die Sie mehr wissen oder herausgefunden haben, einen kleinen Steckbrief an!

Kleines Europaquiz

1. Was ist die kleinste Hauptstadt in der EU, und wie viele Einwohner hat sie?
2. In welcher Hauptstadt ist es am kältesten, d. h., die Durchschnittstemperatur im Januar am niedrigsten?
3. Welches ist der höchste Berg in Europa?
4. An welche Meere grenzt die Europäische Union?
5. In welchen EU-Staaten gibt es amtierende Monarchinnen oder Monarchen, also zum Beispiel eine Königin?
6. Wie viele Amtssprachen gibt es in Belgien?
7. Was ist das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union?
8. Welches EU-Land hat die größte Fläche?
9. Welches ist die östlichste Hauptstadt der Europäischen Union?

Spezialfrage für Könner

10. Warum hat die EU-Flagge zwölf Sterne und nicht 27 (für jeden Mitgliedstaat einen)?

Warum hat die Europäische Union so viele Amtssprachen?

„Da die EU eine demokratische Organisation ist, muss sie ihre Bürger, aber auch die Regierungen der Mitgliedstaaten und ihre Verwaltungen, Unternehmen und sonstige Organisationen in ihrer eigenen Sprache ansprechen. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, was in ihrem Namen getan wird. Sie müssen sich aktiv beteiligen können, ohne zuerst eine Fremdsprache erlernen zu müssen. Außerdem erlässt die Europäische Union Vorschriften, die für alle Menschen in der EU unmittelbar gelten. Für die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch die nationalen Gerichte müssen diese Vorschriften in ihrer jeweiligen Muttersprache zugänglich sein, d. h., sie müssen in allen Amtssprachen vorliegen. Die Verwendung der Amtssprachen ist ein Beitrag zur Transparenz, Legitimität und Effizienz der EU und ihrer Organe."

Quelle: Europäische Kommission
http://europa.eu/languages/de/document/59
Ein unterhaltsames Quiz zu europäischen Sprachen finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Kommission unter: http://ec.europa.eu/education/languages/quiz/quiz3964_de.htm

Aufgabe

Sprechen Sie Europäisch?

Die Europäische Union hat 23 Amtssprachen.
Setzen Sie diese aus folgenden Silben wieder zusammen!

bul – chisch – chisch – dä – der – deutsch – disch – disch – e – eng – est – fin – fran – ga – ga – gie – grie – i – i – isch – kisch – län – let – li – li – lisch – mä – mal – nie – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – nisch – pol – por – risch – risch – risch – ru – schwe – sisch – sisch – sisch – slo – slo – spa – wa – we – ta – tau – te – tisch – tsche – tu – un – zö

Wirtschaftskraft

Die Staaten der EU sind nicht nur unterschiedlich groß, sie sind auch unterschiedlich reich. Es gibt Länder, in denen es den Menschen im Durchschnitt sehr gut geht, und andere, in denen ein deutlich niedrigeres Lebensniveau vorherrscht. Aber wie kann man diese Unterschiede messen? Schließlich gibt es in jedem Land wohlhabende Menschen und arme Leute. Wen nimmt man da zum Maßstab, den Unternehmer oder seinen Fahrer, die Sekretärin oder die Chefärztin?

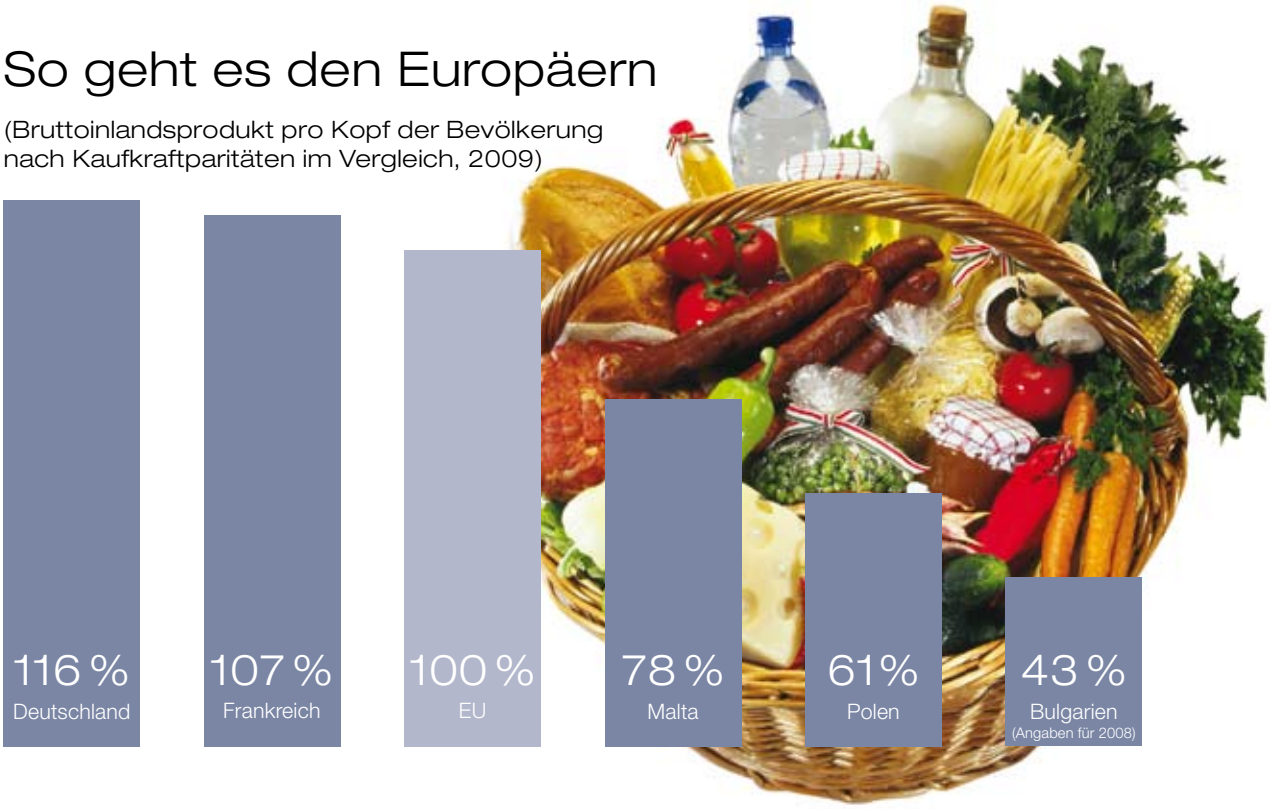
Die Wirtschaftsstatistik hat dieses Problem dadurch gelöst, dass sie zuerst die Wirtschaftskraft eines Landes, also alles, was in einem Land im Laufe eines Jahres geschaffen wird, misst. Jedes Auto, das in einem Jahr in diesem Land hergestellt wurde, jeder Haarschnitt, den ein Friseur ausgeführt hat, jeder Liter Milch, den eine Kuh für den Weiterverkauf gegeben hat, werden in Geld ausgedrückt und zusammengezählt. Man nennt das Bruttoinlandsprodukt (abgekürzt BIP). Das BIP sagt aber noch nicht viel darüber aus, wie reich ein Land ist, denn es gibt ja große und kleine Länder. Deshalb wird es im nächsten Schritt durch die Zahl der Menschen geteilt, die in diesem Land leben. So erhält man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf.

Aber es wird noch komplizierter: Wenn man Staaten miteinander vergleichen will, die wirtschaftlich unterschiedlich stark sind, muss man berücksichtigen, dass die Kaufkraft in den verschiedenen Ländern auch unterschiedlich ist. Wer schon einmal in einem weniger entwickelten Land Urlaub gemacht hat, kennt das. Viele Dinge (wie Essen und Trinken, Bus- und Taxifahrten) kommen uns sehr billig vor. In einem Land kostet ein Brot einen Euro, bei uns muss man schon zwei bis drei Euro dafür auf die Ladentheke legen. Deshalb schauen die Wissenschaftler nicht nur, wie viel Geld die Menschen in einem Land pro Kopf zur Verfügung haben, sondern auch, wie viel man dafür kaufen kann. Das nennt sich Kaufkraftparität (KKP). Nur die Kaufkraftparität macht Länder vergleichbar.

Wenn man also die Wirtschaftskraft einiger EU-Länder nach Kaufkraftparitäten miteinander vergleicht, sieht das so aus:

So geht es den Europäern

(Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung nach Kaufkraftparitäten im Vergleich, 2009)



Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag also im Jahr 2009 um 16 Prozent höher als der EU-Durchschnitt, das BIP Maltas hingegen lag um 22 Prozent darunter. Die Unterschiede im Lebensniveau werden innerhalb der EU auf lange Zeit bestehen bleiben. Aber es ist der Anspruch der Europäischen Union, die Abstände zu verringern. Deswegen erhalten ärmere Regionen innerhalb der EU Gelder, mit denen sie ihre Infrastruktur verbessern und dadurch ihre wirtschaftlichen Chancen vergrößern können. Man nennt dies Strukturpolitik, dafür gibt die EU fast die Hälfte ihres gesamten Haushaltes aus.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-EI-11-001/EN/KS-EI-11-001-EN.PDF
EU-Haushalt: http://ec.europa.eu/budget/index_de.cfm

Die Europäische Union – in Vielfalt geeint

▶ Wie Sie gesehen haben, besteht die EU aus ganz unterschiedlichen Staaten. Der größte, Deutschland, hat rund 82 Millionen Einwohner, der kleinste, Malta, gerade mal 400.000. Finnland und Italien sind Mitglieder, genauso wie Portugal und Polen. Wenn man sich das auf der Landkarte anschaut, wird deutlich, wie vielfältig die EU ist. Unterschiedliche Sprachen werden gesprochen und in drei verschiedenen Alphabeten geschrieben. Es gibt verschiedene Traditionen, Kulturen, Essgewohnheiten und Volksfeste. Auch die geschichtlichen Erfahrungen sind unterschiedlich. Viele der EU-Staaten haben früher Krieg gegeneinander geführt, sich gegenseitig Gebiete weggenommen, und es gibt noch so manches Vorurteil.

Wie kommt es, dass die 27 Staaten zusammengefunden haben?

Diese Frage lässt sich nur aus der Geschichte heraus beantworten. Nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg, der gerade einmal gut zwanzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg begonnen wurde, haben sich viele Menschen gesagt, dass so etwas nicht noch einmal geschehen dürfe. Bei den früheren Kriegsgegnern Deutschland und Frankreich wurde die Idee geboren, nicht mehr gegeneinander zu stehen, sondern sich zu verbinden, und zwar so, dass man den anderen gleichzeitig im Auge behalten konnte. Führende Politiker, die dieses Konzept vertreten und auch realisiert haben, waren der französische Außenminister Robert Schuman (1886–1963) und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967).

Die erste Einrichtung, aus der die heutige EU entstanden ist, war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Sie trat 1952 in Kraft und sollte die Kohlevorräte gemeinsam verwalten. Kohle spielte damals die Rolle, die heute Erdöl und Erdgas einnehmen, sie war der wichtigste Energieträger. Und viele hatten Angst, dass es in Europa zu einer erneuten Auseinandersetzung darum kommen könnte. So wurden die Verteilung der Kohle und der Wiederaufbau der Schwerindustrie einer gemeinsamen Behörde unterstellt, in der die Mitglieder der EGKS vertreten waren. Das waren damals außer Deutschland und Frankreich die Länder Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Das Prinzip der EGKS war ganz einfach: Die Franzosen reden bei uns mit und sind dafür bereit zu akzeptieren, dass wir bei ihnen mitreden.

So konnte keiner gegen den anderen arbeiten oder gar heimlich aufrüsten, aber man konnte gemeinsam Europa wieder aufbauen.

Gleichzeitig konnte durch eine solche gemeinsame Institution den europäischen Partnern die Angst vor Deutschland genommen werden. Erster Präsident der Hohen Kommission der EGKS wurde der Franzose Jean Monnet (1888–1979), der auch zu den wichtigen Wegbereitern der europäischen Integration zählt.
Dieses Prinzip wurde 1958 auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt, und zwar durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Diese wurde 1957 mit den Römischen Verträgen begründet und trat 1958 in Kraft.

So wurde aus Gegnerschaft Zusammenarbeit.

Und diese Zusammenarbeit war ausgesprochen erfolgreich. Die Europäische Gemeinschaft schaffte einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg. Kein Wunder, dass im Laufe der Jahre immer weitere Länder dazugestoßen sind. So kamen 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark in den Kreis der heutigen EU, 1981 stieß Griechenland dazu, 1986 gefolgt von Spanien und Portugal. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war der Weg frei für die neutralen Staaten Österreich, Schweden und Finnland, die 1995 Mitglied wurden, und auch für die Staaten, die vorher zum Lager der Sowjetunion gehören mussten. 2004 kam es zur Osterweiterung um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien. Außerdem kamen Malta und Zypern dazu. 2007 wurde diese Erweiterungsrunde durch den Beitritt Bulgariens und Rumäniens abgeschlossen. Im Sommer 2011 hat Kroatien seine Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. Jetzt muss der Beitrittsvertrag in allen EU-Staaten und natürlich in Kroatien selbst ratifiziert werden, dann kann das Land (voraussichtlich 2013) beitreten.
Die Grundprinzipien der Europäischen Union sind unverändert, auch wenn Krach und heftige Streitereien nicht ausgeblieben sind: Die Sicherung des Friedens unter den Mitgliedstaaten, die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und zunehmend auch gemeinsames Auftreten nach außen – darum ging es der EU und darum geht es auch heute.

Aufgabe

Geschichte der EU in Bildern

Ordnen Sie den Bildern zur Geschichte der Europäischen Union die entsprechenden Bildunterschriften zu!

1
Nach dem Zweiten Weltkrieg lagen zahlreiche Städte in ganz Europa in Trümmern, hier Frankfurt am Main.

2
Symbolischer Akt: Jean Monnet (r.), Präsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), präsentiert den ersten „europäischen" Stahlblock und eröffnet damit den gemeinsamen Markt für Stahl im April 1953.

3
25. März 1957: Die Vertreter der sechs Gründerstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande unterzeichnen in Rom die sogenannten Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft/EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft/ Euratom.

4
Der Amsterdamer Vertrag von 1997 besiegelt die schrittweise Errichtung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, hier das Vertragswerk mit Unterschriften und Amtssiegeln.

5
Am 7. Februar 1992 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs in einer feierlichen Zeremonie den Vertrag von Maastricht, der die Wirtschafts- und Währungsunion begründete.

6
Mit einem großen Transparent am Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel heißt die EU Anfang 2007 ihre neuen Mitglieder Bulgarien und Rumänien willkommen.

3 Wie funktioniert die Europäische Union?

Bundeskanzlerin Angela Merkel und José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, während einer gemeinsamen Pressekonferenz im Bundeskanzleramt.

Oft wird die EU bei uns mit einem Staat verglichen. Man sagt: In der EU ist das so und so, aber bei uns ist das anders, nämlich so und so. Solche Vergleiche sind naheliegend, aber sie sind mit Vorsicht anzuwenden. Die EU ist nämlich kein Staat, sondern ein Staatenverbund. Von daher unterscheidet sie sich in ihrem Aufbau auch von der Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich oder Ungarn. Ziel dieses Kapitels ist es, den Aufbau der EU zu erläutern. Welche Institutionen gibt es und was machen sie, welche Einflussmöglichkeiten (Kompetenzen) haben sie?

V. l. n. r.: die Europäische Kommission in Brüssel, das Europäische Parlament in Straßburg, der Europäische Gerichtshof in Luxemburg und der Rat der Europäischen Union in Brüssel

Wer hat die Macht in Europa? Die Institutionen der Europäischen Union

Wer hat eigentlich die Macht in Europa? Dass es nicht eine Person gibt, die als „Boss“ die Richtung bestimmt, ist offensichtlich. Aber irgendjemand muss ja sagen, wo es langgeht. Wer bestimmt die europäischen Dinge? Ist es ein Gremium oder ein Land – oder wer?

Auf den ersten Blick wirkt es immer langweilig, wenn man sich mit Institutionen beschäftigt – aber Institutionen sind die Orte, an denen Macht ausgeübt wird. Der institutionelle Aufbau der Europäischen Union klärt daher auch die Machtfrage. Die ist allerdings in der EU ein bisschen anders beantwortet als in einem einzelnen Mitgliedstaat.

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss der Staaten und der Bürger. Das drückt sich auch in ihrem Aufbau aus. Sowohl die Staaten (d. h. ihre Regierungen) als auch die Bevölkerungen dieser Länder sprechen in den europäischen Angelegenheiten mit. Das geschieht über den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament.

Der **Rat der Europäischen Union** (Ministerrat, oft auch nur Rat genannt) ist die Vertretung der Regierungen der EU-Staaten. Hier sitzen die Minister aus allen 27 Ländern zusammen. Je nach Thema sind das zum Beispiel die Außen-, die Innen- oder Landwirtschaftsminister. Der Rat ist eines der beiden Entscheidungsorgane. Hier wird die Politik beraten, und hier werden auch die „europäischen Gesetze“ auf den Weg gebracht, die Verordnungen oder Richtlinien heißen. Ohne den Rat wird also in der Europäischen Union nichts festgelegt. Der Rat trifft seine Entscheidungen entweder einstimmig oder er beschließt mit Mehrheit. Bei Mehrheitsentscheidungen müssen rund 70 Prozent der Stimmen zusammenkommen (das ist die „qualifizierte Mehrheit“). Die großen EU-Staaten haben dabei mehr Stimmen als die kleinen. Ab 2014 gilt das Prinzip der „doppelten Mehrheit“. Dann benötigt ein Beschluss 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die gleichzeitig 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten müssen. Der Vorsitz im Rat (außer bei den Außenministern) wechselt im halbjährlichen Rhythmus. Jeweils drei Staaten koordinieren sich in einer Trio-Präsidentschaft. Für die zweite Hälfte 2011 und das Jahr 2012 sind das Polen, Dänemark und Zypern. Danach werden

Schülerinnen und Schüler der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin haben die Aufgabenfelder der europäischen Institutionen kurz zusammengefasst.

Janette: „Das Europäische Parlament vertritt die Bürgerinnen und Bürger und beschließt die ‚europäischen Gesetze' (Richtlinien und Verordnungen)."

Irland, Litauen und Griechenland an der Reihe sein.

Die grundlegenden Festlegungen der europäischen Politik trifft der **Europäische Rat.** Das sind die Staats- und Regierungschefs der EU, die mehrmals jährlich zusammentreffen. Der Präsident der Europäischen Kommission nimmt an den Tagungen ebenfalls teil, hat aber kein Stimmrecht. Der Präsident des Europäischen Parlaments teilt dem Europäischen Rat in der Regel zu Beginn der Tagung die Position des Parlaments mit.

Den Vorsitz im Europäischen Rat führt der Präsident, der für zweieinhalb Jahre gewählt ist. Seit diese Position durch den Vertrag von Lissabon Ende 2009 geschaffen wurde, wird sie von dem Belgier Herman Van Rompuy besetzt. Der Präsident darf kein nationales Amt ausüben, er soll sich ganz auf seine Rolle als Moderator und Koordinator des Europäischen Rates konzentrieren. Da er selbst also kein Staats- oder Regierungschef ist, ist er im Europäischen Rat auch nicht stimmberechtigt.

Der Rat hat aber nicht allein das Sagen. Daneben gibt es das **Europäische Parlament.** Dieses vertritt die Bevölkerung der 27 EU-Staaten und wird in diesen direkt gewählt. Das Europäische Parlament hat laut Vertrag 751 Abgeordnete: Wegen des Übergangs der EU vom Vertrag von Nizza zu dem von Lissabon wurden im Juni 2009 nur 736 Abgeordnete gewählt; die restlichen Abgeordneten werden noch nachnominiert. Da Deutschland nach dem alten Vertrag 99 Abgeordnete stellte, die im Juni 2009 auch schon gewählt wurden, nach dem neuen allerdings nur noch 96 Parlamentarier nach Straßburg schickt, gehören dem Europäischen Parlament in dieser Legislaturperiode 754 Mitglieder an, wenn die Nachbesetzung stattgefunden haben wird.

Die großen Mitgliedstaaten stellen mehr Abgeordnete als die kleinen. Das Parlament kann Entscheidungen mit Gesetzeskraft für die EU nicht allein treffen, sondern muss sich am Ende mit dem Rat einigen, mit dem es gleichberechtigt entscheidet. Das ist das „ordentliche Gesetzgebungsverfahren". Lediglich in der Außenpolitik und auf einigen anderen Politikfeldern wie der Steuerpolitik kann der Rat alleine entscheiden, muss das Parlament allerdings anhören. Das Parlament muss auch die Europäische Kommission durch Wahl bestätigen und kann sie abwählen. Außerdem beschließt es den Haushaltsplan der Europäischen

Jello: „Die Europäische Zentralbank wacht darüber, dass der Euro stabil bleibt."

Motian: „Die Europäische Kommission verwaltet die Europäische Union und macht Vorschläge für ‚europäische Gesetze'."

Alice: „Der Europäische Rechnungshof kontrolliert den EU-Haushalt."

Patricia: „Der Ministerrat vertritt die Regierungen der EU-Mitgliedsländer und beschließt die ‚europäischen Gesetze'."

Union. Ohne das Europäische Parlament, und damit die direkte Vertretung der Bürger, kann also in Europa wenig entschieden werden.

Die dritte wichtige Institution in der EU ist die **Europäische Kommission.** Das Kollegium der Kommissare besteht aus einem Mitglied pro Land, die aber in der Kommission nicht die Positionen ihres Herkunftsstaates vertreten, sondern die gemeinsamen Interessen der Europäischen Union. Der deutsche Kommissar ist der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Günther Oettinger. Jedes Kommissionsmitglied ist für ein eigenes Sachgebiet zuständig (ähnlich wie ein Minister).

Die Europäische Kommission achtet auf die Einhaltung der Regeln durch die Mitgliedstaaten. Man nennt sie daher die „Hüterin der europäischen Verträge". Sie verwaltet die EU nach den Vorgaben des Rates und des Parlaments. Eine Besonderheit des europäischen Systems ist es, dass der Rat und das Parlament Dinge nur auf der Basis eines Vorschlags der Kommission beschließen können. Dieses alleinige Vorschlagsrecht gibt der Europäischen Kommission Einfluss auf die Entscheidungen, weil sie die Vorgaben macht. Natürlich können Rat und Parlament dann von dem Vorschlag abweichen, aber so ist sichergestellt, dass die Kommission immer den „ersten Aufschlag" hat und ihre Gesichtspunkte einbezogen werden.

Für die Außenpolitik der EU gibt es eine spezielle Regelung. Mit dem Vertrag von Lissabon gibt es das Amt des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik, der zugleich Vizepräsident der Europäischen Kommission ist und dem Rat der Außenminister vorsitzt. So werden Rat und Kommission in dieser Funktion und Person miteinander verbunden, um der Außenpolitik der EU ein stärkeres Gewicht zu geben. Das Amt der Hohen Vertreterin, die gewissermaßen die Außenministerin der EU ist, hat die Britin Catherine Ashton inne. Ihr steht ein Europäischer Auswärtiger Dienst zur Seite, der wie ein Außenministerium aufgebaut ist. Neben der Zentrale in Brüssel bestehen weltweit EU-Botschaften, sogenannte Delegationen, die dem Dienst unterstehen.

Es gibt mittlerweile viel gemeinsames Recht, das die EU-Staaten sich geschaffen haben. Verständlicherweise gibt es auch Streit um die Auslegung dieser Gesetze. Außerdem halten sich immer wieder einzelne Staaten nicht an bestimmte Regelungen. Daher gibt es für alle Beteiligten die Möglichkeit, den **Europäischen Gerichtshof** anzurufen. Dieser besteht aus einem Richter pro Mitgliedsland, urteilt aber unabhängig auf der Basis des europäischen Rechts. Er kann Regelungen aufheben, wenn sie europäischem Recht widersprechen, und Staaten zu Geldstrafen verurteilen, wenn sie sich nicht an Recht und Gesetz halten.

Dass Geld wichtig ist, weiß jeder. Aber man muss es nicht nur haben, sondern es muss auch seinen Wert behalten. Darüber wacht die **Europäische Zentralbank (EZB).** Das ist die Notenbank der Euroländer und setzt sich aus den Vertretern der 17 Länder zusammen, die den Euro eingeführt haben. Die EZB regelt den Geldumlauf und legt die Leitzinsen fest. Die Ausgaben der Europäischen Union betrugen 2011 über 126 Mrd. Euro.

Wo viel Geld ausgegeben wird, muss auch kontrolliert werden, dass es rechtmäßig geschieht. Dies ist die Aufgabe des **Europäischen Rechnungshofes,** der genau hinschaut, ob das europäische Geld ordnungsgemäß und sinnvoll ausgegeben wird. Er sorgt so für ein effizientes Finanzmanagement. Jedes Mitgliedsland stellt einen Vertreter.

Aufgabe

Wer macht was in der EU?

Das war jetzt viel Institutionenkunde, aber man muss ja schließlich wissen, wer in der EU wofür verantwortlich ist. Machen Sie den Test: Setzen Sie jeweils ein Kreuz in das Kästchen der Institution, auf die die Beschreibung zutrifft!

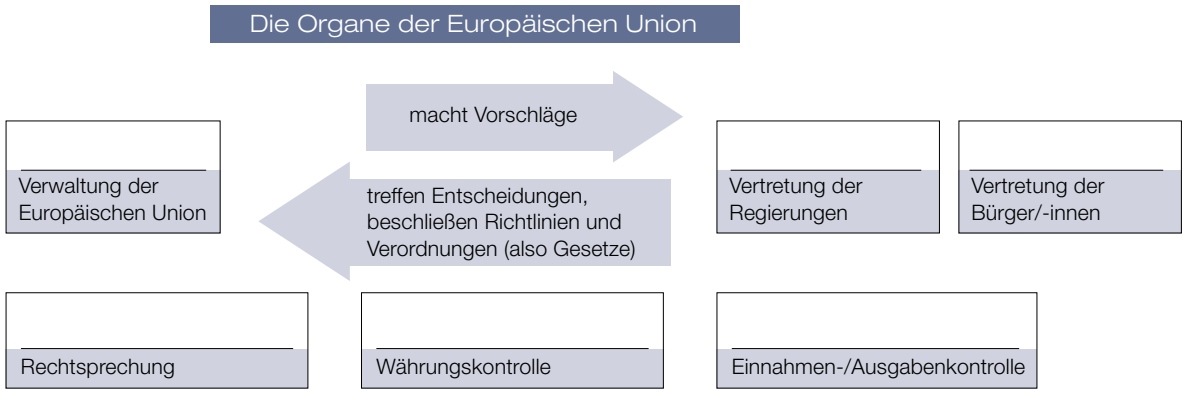
Beschreibung	Rat der EU/ Europäischer Rat	Europäisches Parlament	Europäische Kommission	Europäischer Gerichtshof	Europäische Zentralbank	Europäischer Rechnungshof
Macht Vorschläge für EU-Regelungen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Besteht aus einem Vertreter pro Mitgliedsland	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Legt die Leitzinsen fest	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Kontrolliert die Ausgaben der EU	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Wird von der Bevölkerung gewählt	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Beschließt die Gesetze (Verordnungen/Richtlinien) der EU	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verwaltet die EU	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Vertritt die Interessen der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Regierungen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Entscheidet über die Auslegung der europäischen Gesetze	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Aufgabe

Die Organe der Europäischen Union

Bitte fassen Sie die Kompetenzen der verschiedenen Institutionen in einer Grafik zusammen! Wir haben Ihnen schon ein bisschen geholfen. Sie müssen nur noch die Begriffe den richtigen Kästchen zuordnen.

Europäisches Parlament | Europäische Kommission | Europäischer Gerichtshof | Europäischer Rechnungshof | Europäische Zentralbank | Ministerrat



Diskussion

Und jetzt noch mal zurück zur Ausgangsfrage:

Wer hat die Macht in Europa? Diskutieren Sie das doch einmal untereinander!

Der Einfluss der Bürger

Die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten nehmen also zweimal Einfluss auf die EU-Politik. Zum einen, wenn sie ihr nationales Parlament, also bei uns den Bundestag, wählen, aus dem dann die Regierung hervorgeht. Diese ist dann im Rat der Europäischen Union vertreten. (Wenn die „Chefs", also die Staats- und Regierungschefs sich treffen, heißt das „Europäischer Rat".)
Zum anderen nehmen die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Politik in Europa, wenn sie das Europäische Parlament wählen.
Aber auch der einzelne Bürger kann sich Gehör verschaffen, wenn er sich ungerecht behandelt fühlt oder einen europäischen Missstand beheben will. Es gibt nämlich einen Europäischen Bürgerbeauftragten, den man auch Ombudsmann nennt. Bei dem kann sich jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger beschweren, das geht sogar per E-Mail.

Aufgabe

Finden Sie mehr über den Europäischen Bürgerbeauftragten heraus!

Über wen kann man sich bei ihm beschweren, wo kann er helfen, wo nicht?
Das alles finden Sie auf der Internetseite des Bürgerbeauftragten. Klicken Sie diese an, informieren Sie sich und geben Sie eine kurze Darstellung. Hier die Internetadresse:
http://ombudsman.europa.eu/home/de/general.htm

Weitere Möglichkeiten der Einflussnahme

Durch den Vertrag von Lissabon ist auch ein europäisches Bürgerbegehren mit dem Namen „Europäische Bürgerinitiative" geschaffen worden. Eine Million Menschen aus verschiedenen EU-Staaten, das sind nur gut 0,2 Prozent der Bevölkerung in der EU, können ab 2012 die Europäische Kommission zwingen, sich mit einem Thema zu befassen.
Schon heute machen viele Demonstrationen, die sich an die EU-Institutionen richten, Druck. Ob die Landwirte, die Gewerkschaften oder Umweltorganisationen: Sie alle bringen ihre Anliegen zu Gehör. Das Europäische Parlament verfügt auch über einen Petitionsausschuss.

Aufgabe

Was ist eine Petition?

Finden Sie heraus, was eine Petition ist und wer sich an das Parlament wenden kann! Gibt es auch im Bundestag und in den Landtagen Petitionsausschüsse? Bitte recherchieren Sie das!
Weitere Informationen finden Sie unter: http://www.europarl.de/view/de/parlament/Buergeranliegen/Petitionen_an_das_EP.html

Unsere Abgeordneten in Straßburg und Brüssel

▶ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments schließen sich dort zu Fraktionen zusammen, denen die jeweiligen Parlamentarier einer politischen Richtung angehören.
Hier ein Überblick über die Fraktionen im Europäischen Parlament. Die deutschen Abgeordneten stammen aus folgenden Parteien:

- CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)
- CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- FDP (Freie Demokratische Partei)
- Grüne (Bündnis 90/Die Grünen)
- Die Linke

Aufgabe

Fraktionen im Europäischen Parlament

Welche Partei ist in welcher Fraktion des Europäischen Parlaments vertreten?
Das finden Sie beispielsweise schnell im Internet heraus: http://www.europarl.europa.eu

Fraktionen im Europäischen Parlament	Wie viele Mitglieder hat diese Fraktion?	Diese Fraktion schließt deutsche Abgeordnete der folgenden Partei ein:
EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)		
S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament		
ALDE – Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa		
GRÜNE/EFA – Fraktion der Grünen/ Europäische Freie Allianz		
EKR – Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten“		Keine deutschen Abgeordneten in dieser Fraktion
VEL/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke		
EFD – Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“		Keine deutschen Abgeordneten in dieser Fraktion
FL – Fraktionslos		Keine deutschen Abgeordneten in dieser Gruppe

Kleines Europaquiz

Wer ist der aktuelle Präsident des Europäischen Parlaments?

Und wer sind die anderen Herren auf den Fotos? Ordnen Sie den abgebildeten Personen die Namen und Funktionen zu!

- ☐ Jean-Claude Juncker (Luxemburg)
- ☐ Martin Schulz (Deutschland)
- ☐ José Manuel Barroso (Portugal)
- ☐ Robert Schuman (Frankreich)

- ☐ Präsident des Europäischen Parlaments
- ☐ Präsident der Europäischen Kommission
- ☐ Ministerpräsident von Luxemburg
- ☐ Französischer Außenminister von 1948–1953, einer der Gründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

1

2

3

4

Aufgabe

Erkundigen Sie sich, wer aus Ihrer Region Mitglied im Europäischen Parlament ist! Welche Partei vertritt sie oder er?

So funktioniert die EU

Es ist deutlich geworden, dass die Europäische Union kein Staat ist wie Deutschland oder Frankreich, aber mehr als ein lockerer Zusammenschluss. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat dafür den Ausdruck „Staatenverbund“ geprägt.

In diesem Staatenverbund werden die Entscheidungen von den nationalen Regierungen, die im Europäischen Rat zusammenkommen, und dem vom Volk gewählten Europäischen Parlament gemeinsam getroffen. Es gibt auch Ausnahmen, in denen der Rat allein entscheidet. Das ist vor allem bei der Außenpolitik so. Die Europäische Kommission führt die Geschäfte der EU, und sie achtet darauf, dass alle sich an die europäischen Verträge halten. Tun sie das nicht, werden sie vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt und von diesem gegebenenfalls verurteilt, ihr Verhalten zu ändern. Über das ordnungsgemäße Finanzverhalten der europäischen Institutionen wacht der Europäische Rechnungshof.

Jeder einzelne von uns kann sich beim Europäischen Bürgerbeauftragten beschweren, wenn er sich von einer europäischen Institution schlecht behandelt fühlt.

Besonders wichtig ist das Europäische Parlament, denn es vertritt die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union und wird von diesen durch allgemeine Wahlen bestimmt. Die nächste Wahl zum Europäischen Parlament findet 2014 statt.

4 Die EU – was macht die eigentlich?

Manche Leute sagen, die Europäische Union tue nicht genug, andere sagen, sie würde sich überall einmischen. Ist nicht beides falsch? Was aber ist dann richtig? Was tut die EU denn genau? Die EU ist in vielen Politikbereichen aktiv: zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik, dem Verbraucherschutz, der Außenpolitik, dem Umweltschutz oder der Innen- und Justizpolitik. Und in vielen anderen mehr.
Im Folgenden sollen einige Politikfelder beispielhaft dargestellt werden. So bekommen Sie eine Idee davon, womit man sich in Brüssel und in den Hauptstädten der EU-Staaten beschäftigt.

Der Binnenmarkt

▶ Das Herzstück der europäischen Wirtschaftspolitik ist der Binnenmarkt. Er ist ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und gewährt die sogenannten vier Freiheiten, nämlich:

- den freien Personenverkehr,
- den freien Warenverkehr,
- den freien Dienstleistungsverkehr und
- den freien Kapitalverkehr.

Freiheiten im Europäischen Binnenmarkt

▶ Das Recht auf einen freien Personenverkehr wirkt sich für die Bürgerinnen und Bürger der EU auf ganz verschiedene Lebensbereiche aus. Als Urlauber verfügen sie innerhalb der EU über eine weitgehend unkontrollierte Reisefreiheit. Als Arbeitnehmer dürfen sie wegen ihrer Nationalität gegenüber Einheimischen nicht benachteiligt werden. Nicht nur als Arbeitnehmer, sondern auch als Selbstständige, Rentner oder Studenten haben sie überall in der EU das Recht, sich unbefristet niederzulassen. Das Recht auf freien Warenverkehr betrifft die Bürger der EU vor allem als Touristen und als Verbraucher. In beiden Fällen erleichtert es vor allem, dass die in anderen Mitgliedstaaten der EU gekauften Waren problemlos nach Hause gebracht werden können. Das Recht auf einen freien Dienstleistungsverkehr erlaubt Dienstleistungsunternehmen, grenzüberschreitend tätig zu sein. So ist ein freier Dienstleistungsverkehr beispielsweise dann gewährt, wenn das Zustellen von Briefen und Paketen nicht mehr allein in der Hand eines Unternehmens ist. Dadurch können die Bürger der EU den günstigsten unter verschiedenen Anbietern wählen. Das Recht auf einen freien Kapitalverkehr eröffnet den Bürgern der EU die Möglichkeit, ihr Geld ohne jede Beschränkung in anderen Mitgliedstaaten zu verwalten und anzulegen. Mit dem Euro steht ihnen seit 2002 ein Zahlungsmittel zur Verfügung, das in vielen Ländern der EU als Bargeld eingesetzt wird.

Prof. Dr. Hans Vorländer/Dr. André Brodocz.
Die Verfasser sind Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Dresden.
Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de)

Wegfall der Grenzkontrollen

▶ Vom Nordkap bis Sizilien gilt: Grenzkontrollen gibt es in der EU an den sogenannten Binnengrenzen (also z. B. der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich) nicht mehr. Diese Reisefreiheit ist durch das Schengener Übereinkommen geregelt, das mittlerweile Teil der Europäischen Verträge ist. Auch die 2004 beigetretenen Länder haben „Schengen“ Ende 2007 übernommen. Nur für Zypern, Bulgarien und Rumänien gelten noch Übergangsfristen. Großbritannien und Irland machen bei Schengen nicht mit, dafür aber die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island, die gar nicht der EU angehören.
Das Schengener Übereinkommen heißt so, weil es in dem Ort Schengen in Luxemburg geschlossen wurde.

Kleines Europaquiz

Was bedeuten die vier Freiheiten für Sie konkret?

Ordnen Sie die Beispiele den vier Bereichen des Binnenmarktes richtig zu und machen Sie einen Kreis um den entsprechenden Buchstaben! Die markierten Buchstaben ergeben von oben nach unten gelesen das Lösungswort.

	Freier Personen-verkehr	Freier Warenverkehr	Freier Dienstleis-tungsverkehr	Freier Kapitalver-kehr
Ich kann in Dänemark ein Auto kaufen und es zollfrei mitbringen.	E	F	A	V
Ich kann innerhalb der EU fahren, wohin ich will.	R	U	L	E
Ich kann mein Geld in einer französischen Bank deponieren.	B	R	R	E
Ich kann in Großbritannien studieren.	I	A	O	S
Meine Eltern können unser Badezimmer von einem polnischen Fliesenleger renovieren lassen.	P	A	H	T
Meine Eltern können mir Geld an meinen Studien-ort in Estland schicken.	R	A	G	E
Ich kann mir im Internet Waren aus Schweden bestellen.	E	I	O	E
Ich kann als Architekt in Deutschland wohnen und in Belgien Häuser bauen lassen.	R	R	T	S

EURO-päisches Geld

Seit 1999 gibt es eine gemeinsame europäische Währung, die seit dem 1. Januar 2011 in 17 Staaten der EU gilt. Es haben also nicht alle EU-Länder den Euro. Einige sind noch nicht so weit, dass sie die strengen Auflagen erfüllen können, die als Voraussetzung für einen Eintritt in die Eurozone festgelegt sind, andere wollen zumindest zurzeit nicht beitreten.

Allerdings gab es um den Euro in der letzten Zeit reichlich Wirbel. Als die gemeinsame Währung aus der Taufe gehoben wurde, hatten sich alle teilnehmenden Staaten auf einen klaren Kurs zur Stärkung des Wachstums und zum Abbau der Schulden geeinigt. Aber längst nicht alle haben sich daran gehalten, im Hinblick auf die Schulden auch Deutschland nicht.

2010 hat sich herausgestellt, dass einige Euro-Länder so stark verschuldet sind, dass die Banken ihnen kein Geld mehr leihen – oder das nur zu sehr hohen Zinsen tun. Dass ein Land für die Schulden eines anderen einsteht, war nie vorgesehen. Jetzt wurden jedoch Rettungsmaßnahmen nötig: Erst wurde Griechenland mit Krediten ausgeholfen, dann wurde ein „Rettungsschirm“ geschaffen, den 2011 auch Irland und Portugal in Anspruch nahmen. Zunächst geht es dabei nur um Anleihen, die die Gläubiger wieder bekommen, wenn die Kreditnehmer ihre Schulden zurückzahlen. Falls sie das aber nicht können, müssten die anderen Euro-Staaten, darunter auch Deutschland, das Geld abschreiben, das heißt, sie müssten zahlen. Dieser Rettungsschirm heißt nach seiner englischen Abkürzung EFSF (European Financial Stability Facility). Darüber, wie er genau eingesetzt werden soll, besteht zurzeit (November 2011) noch keine Klarheit. Sicher ist allerdings, dass Deutschland

mit bis zu 211 Mrd. Euro haftet. Dieser Rettungsschirm wird Mitte 2012 durch einen dauerhaften Stabilitätsmechanismus (ESM – European Stability Mechanism) abgelöst werden. Durch umfangreiche Strukturreformen in den betroffenen Ländern, vielfältige Hilfestellung der EU und eine freiwillige Beteiligung des Privatsektors soll dies verhindert werden.

Rechercheaufgabe:
Informieren Sie sich über den aktuellen Stand der Schulden- und der Eurokrise. Sie können das über das Internet und die Tagespresse leicht tun. Ein erster Startpunkt kann die Internetseite des Bundesfinanzministeriums sein: http://www.bundesfinanzministerium.de.

Stellen Sie folgende Informationen zusammen:
1. Wie viel Geld umfasst der Rettungsschirm?
2. Wer hat bislang davon profitiert?
3. Für welchen Anteil bürgt Deutschland?
4. Welche Maßnahmen wurden beschlossen, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden?
5. Was denken Ihre Eltern oder Freunde über dieses Thema?

Diskussionsaufgabe:
Soll Deutschland anderen Ländern helfen und so dazu beitragen, dass der Euro erhalten werden kann? Hat die Bundeskanzlerin recht mit dem Satz: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa?
Bereiten Sie in kleinen Gruppen die verschiedenen Argumente vor und tauschen Sie sie dann im Rahmen einer Podiumsdiskussion aus.

Kleines Europaquiz

Welche fünf Länder gehören NICHT zur Eurozone? Bitte kreuzen Sie sie an!

☐ Belgien	☐ Malta	☐ Deutschland	☐ Niederlande	☐ Finnland	☐ Österreich	☐ Slowakei
☐ Frankreich	☐ Polen	☐ Griechenland	☐ Portugal	☐ Großbritannien	☐ Schweden	☐ Tschechien
☐ Irland	☐ Slowenien	☐ Italien	☐ Spanien	☐ Luxemburg	☐ Zypern	☐ Dänemark

Maßnahmen zum Klimaschutz

Das Weltklima verändert sich, die Erdatmosphäre erwärmt sich. Das hat negative Konsequenzen für unser Wetter: häufiger Stürme und Hochwasser, heißere Sommer, fortschreitende Wüstenbildung in Afrika und Südeuropa, Abschmelzen der Polkappen und damit Versinken ganzer Inseln – das kann uns nicht egal sein. Die Klimaveränderung hat wesentlich mit dem Schadstoffausstoß der Industriestaaten zu tun. Leider ist der Prozess nicht mehr zurückzudrehen, umso wichtiger ist es, das Ansteigen der Temperatur zu begrenzen. Ob das gelingt, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Deshalb ist schnelles und konsequentes Handeln besonders wichtig. Kein Staat kann die Klimaveränderung allein stoppen.
Die EU hat 2008 klare Ziele für das Jahr 2020 beschlossen.

- eine Verringerung der Treibhausgase um 20 Prozent,
- eine Anhebung des Anteils erneuerbarer Energien (Wind, Sonne, Biokraftstoffe) auf 20 Prozent und
- eine Energieeinsparung um 20 Prozent.

Damit ist Europa Vorreiter und kann sich bemühen, die anderen großen Verschmutzer und Energieverbraucher wie die USA und China in die gemeinsame Verantwortung zu holen.

Aufgabe

Halten Sie diese Politik für richtig?

Welchen der nachstehend geäußerten Meinungen können Sie zustimmen?

	Stimme voll zu	Stimme teilweise zu	Lehne ich eher ab	Lehne ich völlig ab
Die EU sollte ihre Schadstoffemissionen nur reduzieren, wenn die anderen das auch tun.	☐	☐	☐	☐
Die EU sollte ihre Ziele auf jeden Fall erreichen.	☐	☐	☐	☐
Die EU sollte sich noch ehrgeizigere Ziele setzen.	☐	☐	☐	☐
Wir sollten uns von der Diskussion nicht verrückt machen lassen.	☐	☐	☐	☐
Wenn es bei uns ein paar Grad wärmer wird, ist das überhaupt nicht tragisch.	☐	☐	☐	☐
Die EU-Staaten werden ihre Ziele sowieso nicht erreichen, weil sie in Wirklichkeit nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind.	☐	☐	☐	☐
Klimaschutz darf nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen.	☐	☐	☐	☐
Wir sollten uns die Ziele nicht von Wissenschaftlern diktieren lassen, sondern so viel Klimaschutz verwirklichen, wie wir uns leisten können, ohne dass es weh tut.	☐	☐	☐	☐
Klimaschutz schafft neue Arbeitsplätze. Davon profitieren die Firmen und die Arbeitnehmer. Auch deshalb sollten wir uns in diesem Bereich engagieren.	☐	☐	☐	☐

Der gemeinsame Raum des Rechts

Europa ist längst ein gemeinsamer Lebensraum geworden. Viele Menschen reisen über die Binnengrenzen der EU-Länder, um woanders zu leben, zu arbeiten oder sich einfach umzuschauen. Sie lernen sich kennen, verlieben sich und heiraten. Leider geht das manchmal schief, sodass man sich wieder scheiden lassen muss. Dann ist es wichtig, dass es ein einheitliches Recht gibt, denn dann geht es um Unterhalt und Sorgerecht. Wenn nun ein Deutscher und eine Italienerin in Belgien leben und sich dort scheiden lassen, war bislang unklar, welches Scheidungsrecht anzuwenden ist. Das ist für die Partner durchaus eine wichtige Frage, weil die Bestimmungen zum Beispiel über Unterhalt oder das Sorgerecht für Kinder recht unterschiedlich sind. In der EU ist lange darüber debattiert worden, aber nicht alle Staaten waren bereit, eine gemeinsame Lösung zu finden. Das muss aber auch nicht immer sein, weil die EU-Verträge eine sogenannte „verstärkte Zusammenarbeit“ kennen, in der einige Staaten den anderen vorangehen können. 14 Länder, darunter Deutschland, haben sich jetzt über verbindliche Regeln im Hinblick auf die Scheidung von binationalen Paaren geeinigt.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Zivilrechtsbereich für die Bürger wichtig ist. Das betrifft auch Erbschaftsangelegenheiten und viele andere Dinge unseres täglichen Lebens. Auch die Kriminellen freuen sich über offene Grenzen, weil sie meinen, dass sie damit der Strafverfolgung entgehen. Da irren sie allerdings, denn mittlerweile gibt es eine enge Zusammenarbeit der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. EUROPOL, die Europäische Polizeibehörde, koordiniert dieses Zusammenspiel.

Aufgabe

Der Baum der europäischen Politik

Am Baum der europäischen Politik hängen viele Blätter. Hier sind einige Politikbereiche genannt, in denen die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU zusammenarbeiten. Ordnen Sie die Blätter mit den verschiedenen Politikbereichen so, dass sie jeweils am richtigen Ast hängen!

Reisefreiheit (Schengen)	gemeinsame Umweltstandards	gemeinsame Währung	erneuerbare Energien	gemeinsame Außenpolitik	gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	gemeinsame Asylpolitik
Entwicklung des ländlichen Raums	Binnenmarkt	Klimaschutz	Lebensmittel-kennzeichnung	verbindliche Lebensmittelstandards	Senkung der Mobil-telefon-Auslandstarife	
gemeinsame Kriminalitätsbekämpfung	Strukturpolitik zur Unterstützung der Regionen	verbindliche Sozialmindeststandards	Zusammenarbeit in Zivil- und Strafrechtsverfahren			

5 Europa geht weiter – die Erweiterung der Europäischen Union

Feier zur EU-Erweiterung am Brandenburger Tor. In Berlin wurden am 1. Mai 2004 Hunderte blaue „Europa"-Luftballons in den Himmel geschickt, um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern willkommen zu heißen.

Die Europäische Union wurde von sechs Staaten gegründet, war aber immer auf das ganze Europa angelegt, also offen für weitere Mitglieder. Heute umfasst die EU 27 Mitglieder, und weitere stehen vor der Tür. Was ist es, das die EU für die anderen Staaten so attraktiv macht? Und wie geht es weiter mit dem Erweiterungsprozess? Diese Fragen sollen im vorliegenden Kapitel behandelt werden.

Grundsätze der Europäischen Union

Schon in den 1957 geschlossenen Römischen Verträgen, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (und die Europäische Atomgemeinschaft) ins Leben gerufen wurde, hieß es in der Präambel, also dem Vorwort des Vertrages:

> „Entschlossen, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen."

Heute lautet Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union:

> „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden."

Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union:

> „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet."

Das Vertragswerk der Römischen Verträge mit den Unterschriften der Regierungschefs und Bevollmächtigten der Regierungen der sechs Gründungsmitglieder

Aufgabe

Wer kann Mitglied werden?

Was bedeuten die Grundsätze, die in Artikel 2 aufgeführt sind, konkret?
Was muss ein Staat tun, der Mitglied der EU werden will, was darf er auf keinen Fall?

Ein Staat,	kann Mitglied der EU werden.	kann nicht Mitglied der EU werden.
der keine Pressefreiheit gewährt,	☐	☐
der die Todesstrafe praktiziert,	☐	☐
der es den Bürgern erlaubt, gegen die Regierung zu protestieren,	☐	☐
in dem regelmäßig das Parlament gewählt wird,	☐	☐
in dem ein Präsident regiert, bis er stirbt und durch seinen Sohn abgelöst wird,	☐	☐
in dem Schwule und Lesben gleiche Rechte wie Heterosexuelle genießen,	☐	☐
in dem die Armeeführung die Politik bestimmt,	☐	☐
in dem ein Mensch so lange als unschuldig gilt, bis seine Schuld bewiesen ist,	☐	☐
in dem es nur eine Partei gibt, die deshalb auch immer an der Regierung ist,	☐	☐
der Minderheiten schützt, auch wenn die Mehrheit gern mehr Druck auf die Minderheiten ausüben würde,	☐	☐

Wo verlaufen die Grenzen Europas?

Die Frage nach den Grenzen Europas ist geografisch nicht zu beantworten. Vor allem nach Osten und Südosten hat Europa keine klare Grenze. Auch die Geografen waren und sind uneins über die Frage, wo der Kontinent aufhört. In der Geschichte der Geografie gab es immer wieder ganz unterschiedliche Grenzziehungen, je nachdem von welcher Vorstellung der entsprechende Wissenschaftler ausging.

Das bedeutet: Wir schauen nicht auf die Karte oder den Globus und entdecken dann Europa, sondern wir haben eine Vorstellung im Kopf, die wir dann wiederentdecken. Deutlich wird das dort, wo es eigentlich klare natürliche Grenzen des Kontinents gibt: im Norden und im Westen. Island gehört nach unserem Selbstverständnis eindeutig zu Europa. Tatsächlich liegt es jedoch weit vom Festland entfernt im Europäischen Nordmeer.

Dass Großbritannien und Irland zu Europa gehören, ist uns allen selbstverständlich. Dennoch ist der Kanal zwischen Frankreich (und damit dem Festland) und Großbritannien breiter als die Straße von Gibraltar, die Spanien von Marokko trennt.

Und das sagt die Europäische Kommission zu diesem Thema:

„Der Begriff ‚europäisch' setzt sich aus geografischen, historischen und kulturellen Elementen zusammen, die alle zur europäischen Identität beitragen. Die gemeinsame Erfahrung von Ideen, Werten und historischen Wechselwirkungen lässt sich nicht zu einer einfachen, zeitlosen Formel verdichten, sondern unterliegt der Neuauslegung durch jede nachfolgende Generation."

Quelle: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006–2007, Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Brüssel, 8. 11. 2006, KOM (2006) 649, S. 19

Aufgabe

Wo endet Europa?

Ein Land, das zur EU gehören will, muss also demokratisch sein. Aber es muss darüber hinaus „europäisch" sein. Wo liegen die Grenzen Europas? Nehmen Sie eine Karte und bestimmen Sie die Grenzen Europas! Was sind die Kriterien, nach denen Sie entscheiden, ob ein Land zu Europa gehört oder nicht? Wo liegt die Türkei? Und gehört Island zu Europa? Wie ist das mit Georgien? Oder mit Grönland? Und wie steht es um Marokko? Nachdem Sie Europas Grenzen für sich festgelegt haben, lesen Sie bitte den nachfolgenden Text.

Aufgabe

Reise nach Australien

Stellen Sie sich vor, Sie fahren zu einem Schüleraustausch nach Australien. Australien ist weit weg und gehört bestimmt nicht zu Europa. Aber Ihre Mitschüler dort sind neugierig und bitten Sie, in der Klasse einen kurzen Vortrag zu halten zu dem Thema: „Was ist Europa?" Bereiten Sie einen solchen Vortrag in einer kleinen Gruppe vor. Sie haben für den Vortrag nur fünf Minuten Zeit, d. h., Sie müssen sich auf das Wichtigste und Interessanteste konzentrieren. Wie erklären Sie gleichaltrigen Australiern, was Europa ist? Geben Sie ihnen einen „Geschmack" von Europa! Was ist das besondere Lebensgefühl hier, woran spüren Sie, dass Sie Europäer sind? Was ist für Sie toll an Europa, was finden Sie nicht so gut? Hier ist eine kleine Stichwortliste. Überlegen Sie, welche Punkte Sie in Ihren Vortrag einbauen wollen und welche nicht. Und Vorsicht: Fünf Minuten sind nicht viel Zeit!

Geografie	Musik	Trinken	Reisen
Geschichte	Kino	Freiheit	Bildungswesen
Unterschiede	Literatur	Freizeit	Probleme
Gemeinsamkeiten	Essen	Wirtschaft	Zukunftsvorstellungen

Die Westbalkan-Staaten

Eine grundsätzliche Beitrittszusage zur Europäischen Union haben die Staaten des westlichen Balkans, das sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien.
Sinngemäß gilt dies auch für Kosovo, das allerdings noch nicht von allen EU-Staaten völkerrechtlich anerkannt worden ist.
Außer Albanien gehörten diese Staaten alle zu Jugoslawien, das sich in den 1990er-Jahren, zum Teil in heftigen Kämpfen, aufgelöst hat. Die Europäische Union sieht die beste Möglichkeit, dauerhaften Frieden in die Region zu bringen, in einer EU-Mitgliedschaft dieser Länder. Das haben die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2003 auf einer Konferenz in Thessaloniki bekräftigt.

Der lange Weg bis zum EU-Beitritt

Die Westbalkan-Staaten haben einen langen Weg vor sich, bis sie in der EU angekommen sein werden.
Sie müssen zuerst mit der Europäischen Union ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen abschließen, das sie zu konkreten Reformschritten verpflichtet. Dieses Abkommen muss dann in allen Mitgliedstaaten und natürlich in dem jeweiligen Partnerland ratifiziert werden, d. h., die Parlamente müssen zustimmen. Dann muss das Abkommen umgesetzt (implementiert) werden. Wenn das funktioniert, können sie einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen. Falls die Europäische Kommission hierzu eine positive Stellungnahme abgibt, ernennt der Europäische Rat, das sind die Staats- und Regierungschefs der EU, sie zu Kandidaten.
Nachdem weitere Reformen durchgeführt wurden, können die Verhandlungen beginnen. Dabei müssen die Kandidatenländer das bestehende gemeinsame Recht der EU in ihr nationales Recht übernehmen.
Wenn die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen sind, was erfahrungsgemäß noch einmal einige Jahre dauert, muss der Beitrittsvertrag von den Kandidatenländern und von allen Mitgliedern der EU ratifiziert werden. Dies geschieht in einigen Staaten durch Volksabstimmungen. Auch das Europäische Parlament muss zustimmen. Erst dann werden die Kandidaten Mitglieder der Europäischen Union.

Wo stehen die Länder?

Auf ihrem Weg sind die Staaten des westlichen Balkans unterschiedlich weit. Mit **Kroatien** sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen und der Beitrittsvertrag wurde im Dezember 2011 unterschrieben, **Mazedonien** und **Montenegro** sind offiziell Kandidaten, die Gespräche haben aber noch nicht begonnen. Zumindest mit Montenegro soll dies aber 2012 der Fall sein. Die Verhandlungen von Mazedonien werden noch durch einen bilateralen Streit zwischen dem Land und Griechenland blockiert. Die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sind mit ihnen in Kraft. **Albanien** und **Serbien** haben die Mitgliedschaft beantragt, und für Serbien hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dem Land den Kandidatenstatus zu verleihen. Auch darüber soll 2012 entschieden werden. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Albanien ist in Kraft, das mit Serbien ist noch im Ratifizierungsprozess. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit **Bosnien-Herzegowina** ist abgeschlossen, aber noch nicht ratifiziert und mithin noch nicht gültig.
Auch **Kosovo** hat eine „europäische Perspektive", befindet sich jedoch noch nicht in diesem Prozess, weil die EU-Mitglieder über den Status des Gebietes nicht einig sind. Die Bürger aller Westbalkan-Staaten (mit Ausnahme Kosovos) genießen Visumfreiheit, können also zu uns reisen, ohne vorher einen **Sichtvermerk** beantragen zu müssen.

Aufgabe

Was liegt wo?

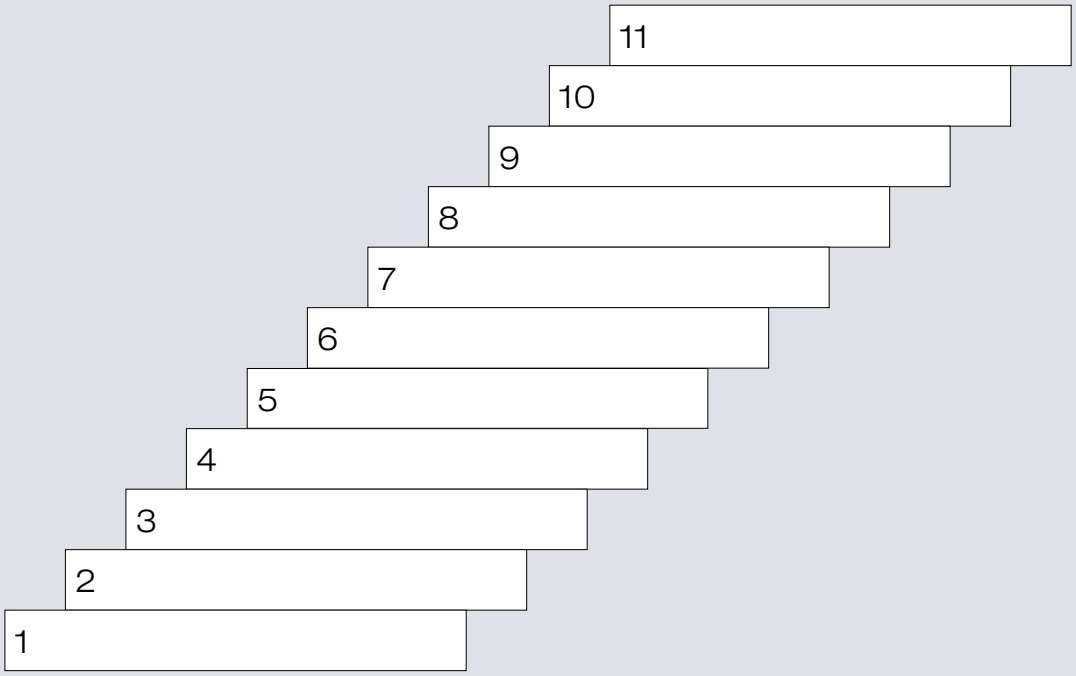
Tragen Sie die Namen der Staaten und die Hauptstädte in die Karte ein.
Sie können die Karte auf der Heftrückseite zur Hilfe nehmen.

Aufgabe

Stufen zur EU-Mitgliedschaft

Haben Sie mitgezählt, wie viele Stufen die Länder des westlichen Balkans überwinden müssen, bis sie Mitglied der EU sein werden? Setzen Sie die nachfolgenden Stufen richtig in die Treppe ein, die die Staaten in die EU führt!

- Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens
- Ratifizierung des Beitrittsvertrages in allen Mitgliedstaaten und in dem Partnerland (durch die Parlamente oder durch Volksabstimmungen)
- Antrag auf Mitgliedschaft
- Positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Mitgliedschaftsantrag
- Beginn der Beitrittsverhandlungen
- Umsetzung (Implementierung) des Abkommens
- Mitgliedschaft
- Erfolgreicher Abschluss der Beitrittsverhandlungen
- Ratifizierung durch das Europäische Parlament
- Ernennung zum Kandidaten
- Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens durch die Mitgliedstaaten und das Partnerland



Aufgabe

Auf welchen Stufen befinden sich die Staaten des westlichen Balkans?

Tragen Sie die entsprechende Zahl in das Kästchen ein!

	Albanien
	Bosnien-H.
	Kroatien
	Mazedonien
	Montenegro
	Serbien

Kandidat Türkei

Auch mit der Türkei werden seit 2005 Beitrittsverhandlungen geführt, allerdings ist ein Ende nicht abzusehen und eine mögliche türkische Mitgliedschaft ist in der EU stark umstritten.
Im Mai 2011 sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin unter anderem:

„**SPIEGEL:** Herr Minister, seit mehr als 20 Jahren bemüht sich die Türkei vergebens um die Mitgliedschaft in der EU. Warum wollen Sie überhaupt noch nach Europa?
Davutoğlu: Ich kann Ihnen drei Gründe nennen, warum wir in die Europäische Union gehören. Erstens: Die Türkei ist seit Jahrhunderten ein Teil der europäischen Diplomatie. Wir sind nicht China. Zweitens: Europa braucht die Türkei aus strategischen Gründen. Nur zusammen mit der Türkei kann die EU eine Großmacht werden. Und drittens: Wir teilen zentrale politische Werte, die in den Kopenhagener Kriterien niedergelegt sind. Die Türkei ist ein wichtiges Mitglied in der Familie der Demokratien ...
SPIEGEL: Dabei sind heute weniger als 50 Prozent der Türken für den EU-Beitritt. 2004 waren es noch 75 Prozent.
Davutoğlu: Wir müssen unterscheiden zwischen der Frage, ob die Leute wollen, dass die Türkei EU-Mitglied wird, oder ob sie daran glauben. Diese Frage beantworten nur noch 30 Prozent mit Ja. Die Menschen haben das Vertrauen verloren. Da sind wir wie alle anderen Südeuropäer: sehr emotional. Wenn wir merken, dass uns jemand nicht will, reagieren wir.
SPIEGEL: Premierminister Recep Tayyip Erdoğan, auch ein sehr emotionaler Mann, hat dem SPIEGEL gegenüber erklärt, Europa brauche die Türkei dringender als die Türkei Europa.
Davutoğlu: Das ist keine emotionale, sondern eine sehr rationale Aussage. Denken Sie nur an die Energiesicherheit. Brauchen wir Europa, um unseren Energiehunger zu stillen? Nein, wir brauchen den Irak, Iran und Russland. Die Europäer dagegen sind auf den anatolischen Korridor angewiesen, um an Gas und Öl zu kommen. In Wahrheit brauchen wir einander beide. Nur so können wir uns gegenüber Mächten wie China oder Indien behaupten. Wir sollten uns gemeinsam fragen: Wo liegt Europas Zukunft?“

Quelle: Der Spiegel, Nr. 23/2011

Aufgabe

Lesen Sie den Ausschnitt aus dem Interview aufmerksam!

Welche Argumente nennt Davutoğlu für den türkischen Beitritt? Wie beurteilen Sie eine türkische Mitgliedschaft? Was spricht aus Ihrer Sicht dafür, was dagegen?

Wie geht es weiter?

Es zeigt sich, dass die Debatte um die Erweiterung keineswegs einfach ist. Auf der einen Seite hat die Europäische Union sich nie als ein abgeschlossener Club verstanden, sondern wollte und will für alle europäischen Länder offen sein.
Die Aufnahme neuer Mitglieder sorgte in der Vergangenheit für Frieden und Stabilität in Europa. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelang es der EU, durch ihre Erweiterungspolitik die Zone von Demokratie und Marktwirtschaft auf die Länder Mittelosteuropas auszuweiten. Neun Länder, die zum ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich gehören, sind jetzt Mitglieder der EU, dazu Slowenien, das Teil des ebenfalls zusammengebrochenen Jugoslawiens war, und die Mittelmeerinseln Malta und Zypern. Die Erweiterung der EU war ein großer Erfolg. Auf der anderen Seite ist die Frage nicht geklärt (und auch nicht ein für alle Mal zu entscheiden), wo dieses Europa endet, wie weit die Politik, Ländern die Mitgliedschaft zu versprechen und sie schließlich aufzunehmen, gehen soll.
Gegenüber den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und gegenüber Albanien wird diese Politik weitergeführt, wie das Beispiel Kroatiens zeigt. Im Jahr 2009 hat auch Island die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beantragt. Islands Beitritt wird nicht als schwierig angesehen, da das Land eine stabile Demokratie und über den Europäischen Wirtschaftsraum schon eng mit der EU verbunden ist. Island gehört bereits zum Schengen-Raum.

6 Europa in der Welt

Wir Europäer sind nicht allein auf der Welt. Wir sind nicht einmal die Mehrheit der Weltbevölkerung. Milliarden von Menschen leben auf anderen Kontinenten, kaufen unsere Produkte, bieten uns ihre Waren an und liefern uns die Rohstoffe, über die wir selbst nicht verfügen. Wir brauchen sie also für unser eigenes Wohlergehen. Aber es gibt auch Probleme, die uns nicht egal sein können: Hier sind zum einen Kriege und Unterentwicklung zu nennen, die vielen Menschen die Möglichkeit nehmen, in Würde zu leben. Andererseits machen Umweltverschmutzung und Klimaveränderung nicht an den Grenzen der Europäischen Union halt.

Aufgabe

Die Kontinente der Welt

Wenn man einmal von der Antarktis absieht, kann man die Welt in sechs Kontinente unterteilen: Afrika, Asien, Australien/Ozeanien, Europa, Nordamerika und Südamerika. Es gibt auch andere Einteilungen, die Nord- und Südamerika zu Amerika zusammenfassen oder Europa und Asien zu Eurasien. Wir bleiben hier jedoch bei den sechs Kontinenten. Recherchieren Sie die fehlenden Informationen und tragen Sie sie in die Tabelle ein!

Informationen finden Sie beispielsweise auf den Internetseiten der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de > Wissen > Zahlen und Fakten > Globalisierung > Ökonomische Teilhabe) oder bei Wikipedia (http://de.wikipedia.org).

Kontinent	Fläche	Prozent der Erdoberfläche	Bevölkerung	Rangfolge nach Bevölkerung	BIP* pro Kopf in Mrd. US $	Rangfolge nach BIP*
Asien						
Afrika						
Nordamerika						
Südamerika						
Europa						
Australien/Ozeanien						

* BIP – Bruttoinlandsprodukt

Europas Interessen in der Welt

Europa ist also ein relativ kleiner Kontinent, aber wirtschaftlich bedeutsam. Daraus ergeben sich auch Aufgaben und Interessen, die wir anderen gegenüber durchsetzen wollen. Die EU verfolgt bei ihrer internationalen Politik mehrere Ziele:

- Sie schützt ihre Interessen und wehrt Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung ab.
- Sie leistet einen Beitrag zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt (Klimapolitik, Umweltschutz).
- Sie wirkt auf andere ein, Frieden zu schaffen und zu erhalten (z. B. im Nahen Osten oder in Afrika).
- Sie hilft anderen Ländern, sich zu entwickeln und Armut, Analphabetentum und Unterentwicklung zu überwinden.
- Sie setzt sich weltweit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.

Aufgabe

Globale Herausforderungen

Ende 2003 hat die Europäische Union eine Sicherheitsstrategie beschlossen, die die wichtigsten Punkte festlegt. Dort werden globale Herausforderungen benannt, vor denen die EU steht. Schauen Sie sich die Herausforderungen an und ordnen Sie die Lösungsvorschläge aus der Sicherheitsstrategie den verschiedenen Problemfeldern zu!

Globale Herausforderungen	Lösungsvorschläge
Kriege und innerstaatliche Konflikte	
Armut	
Krankheiten	
Unterentwicklung	
Knappheit von Ressourcen	
Energieabhängigkeit Europas	
Überalterung in Europa	
Terrorismus	
Verbreitung von Massenvernichtungswaffen	
Organisierte Kriminalität	
Bedrohung der natürlichen Umwelt	

Lösungsvorschläge:

- Unterstützung der Demokratie in anderen Ländern
- Friedenssicherung durch militärisches Eingreifen
- Bekämpfung des internationalen Terrorismus
- Kampf gegen die Verschmutzung der Weltmeere
- Schuldenerlass für die unterentwickelten Länder
- Entwicklungshilfe für Afrika
- Aufbau von Gesundheitssystemen in weniger entwickelten Ländern
- Klimaschutz
- Gesteuerte Einwanderung
- Sicherung der Wasserreserven der Welt
- Dialog mit der islamischen Welt
- Internationale Waffenkontroll- und Abrüstungsvereinbarungen
- Energiekooperation über die Grenzen Europas hinaus
- Öffnung der europäischen Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern
- Internationale Polizeizusammenarbeit
- Sicherheit im Internet

Festung Europa?

Ein großes Thema innerhalb der Europäischen Union ist die Migration. Migration heißt eigentlich „Wanderung“ und beschreibt den Sachverhalt, dass Menschen einen Ort verlassen, um sich woanders niederzulassen. Tatsächlich dreht sich unsere öffentliche Debatte allerdings um die Immigration, nämlich um die Einwanderung. Es gibt **legale Einwanderung** in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, d. h., Menschen aus Nicht-EU-Staaten kommen ganz offiziell und mit Erlaubnis zu uns, um hier zu arbeiten, zu studieren oder einfach (zum Beispiel als Ehepartner eines EU-Bürgers) zu leben. Viele dieser Menschen kommen, weil sie sich in der Europäischen Union ein besseres Leben erhoffen. Aber sie sind auch für uns wichtig, weswegen wir manchmal direkt um sie werben. Einwanderer bringen nämlich ihr Können und ihre Bereitschaft, sich hier wirtschaftlich einzubringen, mit. Gerade auch die Zuwanderung junger Menschen ist für uns wichtig, da unsere Gesellschaften im Durchschnitt immer älter werden – mit allen Problemen, die das für die Renten- und Sozialkassen mit sich bringt.

In der Europäischen Kommission gibt es eine neue Initiative, Einwanderern die Übersiedlung in die EU zu erleichtern. Mit der „Blue Card“, die 2009 beschlossen wurde, will man es Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU leicht machen, zumindest für einige Jahre in der Europäischen Union zu arbeiten. Bislang gehen die meisten gut ausgebildeten Migranten aus Drittländern in die USA.

Neben der legalen und erwünschten Einwanderung gibt es die **irreguläre Immigration,** d. h., Menschen kommen ohne Erlaubnis. Diese Personen verstoßen damit gegen die Gesetze der EU-Staaten, sind jedoch selbst oft das Opfer von Schlepperbanden, die ihnen für die Einschleusung in die EU das letzte Geld aus der Tasche ziehen. Weithin bekannt sind die Bilder von Afrikanern, die in Fischerbooten auf dem Meer ausgesetzt und dann von maltesischen, italienischen oder spanischen Grenzpatrouillen aufgegriffen werden.

Wie viele Menschen sich ohne Erlaubnis in Deutschland aufhalten, weiß niemand. Die Schätzungen sind sehr grob und sprechen von einer Zahl von 500.000 bis zu einer Million.

Die Europäische Union unternimmt große Anstrengungen, die irreguläre Immigration zu unterbinden. Hierzu gehören verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen und eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. Gleichzeitig arbeitet man aber intensiv daran, Bürgern aus Nicht-EU-Staaten legale Möglichkeiten zu geben, in die EU zu kommen und hier zu leben. Durch ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den ärmeren Ländern der Welt versucht die EU dazu beizutragen, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der illegalen Einwanderer so zu verbessern, dass diese ihr Land nicht mehr verlassen müssen.

Die EU und ihre Kooperationspartner

Die EU unterhält Beziehungen zu vielen Ländern der Welt, darunter auch intensive Kontakte zu den Entwicklungsländern in Afrika und Lateinamerika sowie zu den großen und kleinen Staaten Asiens. Diese vielfältigen Beziehungen können hier nicht behandelt werden. Aber auf der Internetseite der Europäischen Union kann man sich darüber informieren (www.europa.eu).

Ein besonderer Schwerpunkt der EU-Außenpolitik ist die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas, der Karibik und der Pazifikregion (AKP). Mit diesen derzeit 79 AKP-Staaten werden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen geschlossen, die den Ländern helfen sollen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren und die Armut im eigenen Land wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe.

> Über die Hälfte der Gelder zur Unterstützung der Entwicklungsländer kommt aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Die Europäische Union ist somit der weltweit größte Geber. Allerdings beinhaltet Entwicklungspolitik mehr als die Bereitstellung von sauberem Wasser und befestigten Straßen, so wichtig dies ist. Zur Förderung der Entwicklung nutzt die Union auch das Instrument des Handels, indem sie ihre Märkte für Ausfuhren aus Entwicklungsländern öffnet und diese ermutigt, den Handel untereinander zu verstärken. Handel und Hilfe sind die beiden Hauptsäulen der Entwicklungspolitik der EU. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Entwicklungsländer bei der Armutsbekämpfung und der Integration in die globalisierte Weltwirtschaft zu unterstützen, setzt die Union auf Handel gleichermaßen wie auf Hilfe.
>
> Aus einem Bericht der Europäischen Kommission, nachzulesen unter: http://europa.eu/pol/dev/overview_de.htm

Aufgabe

EU-Entwicklungs-zusammenarbeit

Hier sehen Sie verschiedene Bereiche der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der EU. Bitte ordnen Sie die Bildnummern den Bildmotiven und den dazugehörigen Maßnahmen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu! Beachten Sie: Die zusammengehörigen Bildmotive und Maßnahmen stehen nicht unbedingt direkt nebeneinander!

Nr.	Bildmotiv	Nr.	Bildmotiv
☐	Unterstützung von medizinischen Einrichtungen durch Krankentransportfahrzeuge in Südafrika	☐	Förderung von Menschenrechten und Demokratie
☐	Schulung von Waldarbeitern in Papua-Neuguinea	☐	Aufbau der Infrastruktur
☐	Anlieferung von Reis zur Verteilung an Bedürftige im Hafen von Sansibar	☐	Förderung von erneuerbaren Energien/ Energieversorgung
☐	Minenbeseitigung in Laos	☐	Wasserversorgung
☐	Bau von Brunnen, hier in Dhaka, Bangladesch	☐	Beseitigung von Konflikten/Friedenssicherung
☐	Vergabe von Kleinkrediten an Näherinnen in Bosnien und Herzegowina	☐	Gesundheitsförderung
☐	Gewinnung von Strom aus Windkraft, Bolivien	☐	Umweltschutz
☐	Beobachtung von Wahlen in Nigeria	☐	Maßnahmen zur Schaffung von Wirtschaftswachstum
☐	Förderung von Schulen, hier in Eterasama in der Chapare-Region in Bolivien	☐	Gewährleistung einer Grundbildung für alle
☐	Straßenbau in Benin	☐	Armutsbeseitigung

Europa in der Welt

Europa ist keine Insel, sondern Teil einer Welt, die immer mehr zusammenwächst. Deshalb steht die EU auch in der Verantwortung, sich international zu engagieren. Sie tut dies, um ihre Interessen zu wahren, um die Entwicklung der Welt positiv zu gestalten und um anderen Menschen zu helfen, die nicht so gut und gesichert leben wie die Europäer.

So engagiert sich die EU sehr stark im Bereich Klimaschutz und bemüht sich, auch die anderen Länder, von denen große Mengen Kohlendioxid in die Luft gepustet werden, in eine gemeinsame Strategie einzubinden. Die Rede ist hier beispielsweise von den USA und China. Auch andere Fragen des Umweltschutzes spielen eine große Rolle und sind nur gemeinsam zu lösen. Die Verschmutzung der Weltmeere oder auch ihre Überfischung sind Beispiele dafür.

Die EU setzt sich weltweit für die Demokratie ein und versucht, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass andere Länder auch die demokratischen Grundrechte und -freiheiten respektieren und ihren Bürgern gewähren.

Sehr aktiv arbeitet die EU daran, die sogenannten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, die kurz gesagt die absolute Armut bis zum Jahr 2015 halbieren möchte. Dabei ist von Menschen die Rede, die täglich weniger als einen US-Dollar zur Verfügung haben.

Für viele Menschen auf dieser Welt sieht Europa wie ein Paradies aus, in das sie zu fliehen versuchen. Dabei kommen auch viele illegal in unsere Länder. Die Frage, wie wir mit denen umgehen, die es geschafft haben, auf ungesetzlichem Weg zu uns zu kommen, wird genauso heiß diskutiert wie die, wie wir unsere Grenzen besser schützen können – und wie wir dazu beitragen können, dass die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern sich verbessern.

Als eine der entscheidenden Mächte auf der Welt engagiert die EU sich stark in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, der Karibik und der Pazifikregion, denen dadurch geholfen werden soll, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern.

Europa kann die Geschicke unseres Erdballs nicht allein steuern, aber ohne Europa geht auch nichts voran. Wir leben in einer Welt, in der es uns nicht gut gehen kann, wenn es anderen schlecht geht.

Diskussion

Diskussion über Migration

Mehr als 150 Millionen Menschen auf der Welt leben in einem Staat, der nicht ihr Heimatland ist. Könnten Sie sich vorstellen, Deutschland für immer den Rücken zu kehren? Aus welchen Gründen würden Sie das tun? Und unter welchen Umständen würden Sie auch in ein Land einreisen, obwohl das dort nicht erwünscht oder sogar verboten ist? Diskutieren Sie in der Gruppe! Informieren Sie sich darüber, was die Gründe der Menschen sind, die aus dem Süden und Osten zu uns kommen, und bringen Sie diese Informationen in die Gruppendiskussion ein!

Schauen Sie sich dazu das Dossier Migration der Bundeszentrale für politische Bildung an: www.bpb.de/themen/8T2L6Z,0,0,Migration.html

7 Die Zukunft Europas

„Wo wollt ihr im Jahr 2025 wohnen, wie wollt ihr leben und was möchtet ihr tun?“

Die Europäische Union ist mehr als ein Wirtschaftszusammenschluss. Sie ist eine Wertegemeinschaft, d. h. ein Zusammenschluss von Staaten und Bürgern, die gemeinsame Grundüberzeugungen haben und diese auch vertreten. Dabei stellen sich heute viele Fragen anders als im 20. Jahrhundert. Der Frieden unter den Mitgliedstaaten ist gesichert, kein Mensch in Deutschland hat Angst vor einem Krieg mit Frankreich – oder umgekehrt. Aber die EU steht vor neuen Aufgaben, die zu lösen sind, um die Grundwerte für Europas Bürger auch im neuen Jahrhundert zu sichern.

Aufgabe

Das Jahr 2025 und ich

Wo wollen Sie im Jahr 2025 wohnen, wie wollen Sie leben und was möchten Sie tun? Diese Frage beantwortet sicherlich jede(r) anders. Die Realisierung der Wünsche hängt aber nicht nur von den persönlichen Fähigkeiten und vom Glück ab, sondern auch von den politischen Rahmenbedingungen. Wie sieht Ihr Plan aus, was sind Ihre Forderungen an die Politik?

Ich möchte im Jahr 2025 in _____ wohnen und als _____

berufstätig sein. Meine privaten Lebensumstände stelle ich mir so vor: _____

_____

Um diese Ziele erreichen zu können, erwarte ich von der deutschen Politik heute: _____

_____

Von der europäischen Politik erwarte ich heute: _____

_____

Europa in der globalisierten Welt

Es ist offensichtlich, dass die Volkswirtschaften der europäischen Staaten vor großen Herausforderungen stehen. Die entstehen zum einen durch die Globalisierung, d. h. die Ausweitung der Marktwirtschaft auf große Teile der Welt. Güter, Kapital, Ideen und Informationen wechseln sehr schnell über die Grenzen, sie sind überall verfügbar – und schaffen eine weltweite Konkurrenz.

Das hat für uns unmittelbare Konsequenzen: Für ein Unternehmen in Frankreich ist nicht mehr allein entscheidend, was die Mitbewerber im eigenen Land oder jenseits des Rheins in Deutschland anbieten. Es muss sich auch daran orientieren, was zu welchem Preis in China, in den USA oder in Indien hergestellt wird, und es muss mit diesem Preis mithalten können – entweder indem es seine Produkte genauso billig anbietet oder indem es Waren herstellt, die zwar teurer, dafür aber auch besser sind.

Auf der anderen Seite verändern sich unsere Lebensbedingungen aus Gründen, die mit der Globalisierung nichts zu tun haben. Die Bürger werden älter und die Gesellschaften überaltern. Das Erstgenannte ist sehr schön, denn es bedeutet, dass wir länger leben. Aber es heißt auch: Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen werden höher, und die Renten müssen länger gezahlt werden.

Gleichzeitig – und das ist weniger schön – nimmt die Zahl der Neugeborenen ab. Viele Menschen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten für kleinere Familien entschieden oder sogar dafür, gar keine Kinder in die Welt zu setzen. Das bedeutet aber auch ein volkswirtschaftliches Problem: Immer weniger junge Menschen müssen immer mehr Alte versorgen.

Aufgabe

Die Europäische Union der Zukunft

Immer wieder gibt es große Diskussionen innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten, wie die EU der Zukunft aussehen soll. Wie muss die EU aussehen, damit die Herausforderungen bewältigt werden können? Entscheiden Sie sich jeweils für eine Antwort und diskutieren Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse!

Größe

- Die EU muss größer werden. Nur mit mehr Staaten als jetzt verfügt sie über das nötige Gewicht.
- Die EU darf keine weiteren Mitglieder aufnehmen, weil sie sonst zu uneinheitlich wird und damit ihre Handlungsfähigkeit verliert.
- Die EU muss sich gesund schrumpfen. Um ihren Zusammenhalt zu stärken, sollen die Länder, die keine Lust haben, die EU weiterzuentwickeln, die EU verlassen.

Kompetenzen

- Die EU muss mehr Rechte von den Mitgliedstaaten erhalten, um wirksam handeln zu können, das heißt: Mehr Entscheidungen sollen zentral für die ganze EU in Brüssel und Straßburg getroffen werden. Entsprechend muss der Verwaltungsapparat der Europäischen Union ausgebaut werden.
- Die EU sollte bei ihrer jetzigen Aufgabenteilung zwischen ihr und den Nationalstaaten bleiben, weil die gut austariert ist.
- Die EU muss Kompetenzen an die Mitglieder zurückgeben und sich auf das Wesentliche, also den funktionierenden Binnenmarkt konzentrieren. Umweltschutz, Verbraucherschutz oder Außenpolitik sollten von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden.

Militär

- Die EU muss eine eigene Europa-Armee aufbauen, um ihren Forderungen Nachdruck verleihen und eigene Militäraktionen, z. B. in Afrika, durchführen zu können.
- Die EU ist eine Zivilmacht und sollte die Finger von militärischen Fragen lassen.
- Die EU sollte ihre jetzige Zusammenarbeit mit der NATO beibehalten und ihre Eingreiftruppen nur in begrenzten Einsätzen verwenden, wenn die NATO nicht interessiert ist.

Beschlussfassung

- In der EU sollten die Beschlüsse allein durch das Europäische Parlament getroffen werden, weil dessen Abgeordnete von uns allen gewählt werden.
- Beschlüsse in der EU sollten wie bisher vom Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament gemeinsam getroffen werden.
- Wichtige Beschlüsse sollten einem Referendum unterworfen werden, das in der gesamten EU am selben Tag stattfindet.

Entscheidungsverfahren

- In der EU sollten grundsätzlich Mehrheitsentscheidungen getroffen werden, weil man sich mit 27 Staaten sonst selten und nur in langen Verfahren einigen kann.
- In der EU sollten grundsätzlich einstimmige Entscheidungen getroffen werden, weil man keinen selbstständigen Staat überstimmen sollte.
- In der EU sollten die alltäglichen Fragen mit Mehrheit, die Grundsatzfragen einstimmig entschieden werden, weil das ein guter Ausgleich zwischen Effizienz und Berücksichtigung aller wäre.

Jello: „Entscheidet euch jeweils für eine Antwort und diskutiert eure Ergebnisse in der Klasse!“

Die Union der Bürgerinnen und Bürger

Wie wir schon gesehen haben (siehe Seite 17 ff.), werden die europäischen Bürger in der EU vom Europäischen Parlament vertreten.

Das Europäische Parlament wird von allen Wahlberechtigten in der Europäischen Union für fünf Jahre gewählt. EU-Bürger, die in einem anderen EU-Land leben (also beispielsweise Italiener in Deutschland), können dort ihre Stimme abgeben. Das Parlament ist ein wichtiger Entscheidungsfaktor der europäischen Politik. Das Parlament ist gemeinsam mit dem Rat der Gesetzgeber in der Europäischen Union. Das bedeutet: Ohne das Europäische Parlament läuft in Europa nichts!

Obwohl das Europäische Parlament wichtige Funktionen hat und die Bürgerinnen und Bürger direkt vertritt, ist das Interesse an den Europawahlen relativ gering. Der Einfluss des Europäischen Parlaments ist seit 1979 stark gestiegen. In immer mehr Angelegenheiten kann das Parlament mitentscheiden. Obwohl das Parlament also heute viel mehr zu sagen hat als vor 30 Jahren, ist die Wahlbeteiligung gesunken. Im EU-Durchschnitt haben nur 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 ihre Stimme abgegeben. In Deutschland waren es geringfügig mehr (43,3 Prozent).

So viel Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl zum Europäischen Parlament

*1979–89: im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin)
Erich Schmidt Verlag, Zahlenbilder 0715 368

Aufgabe

Warum ist die Wahlbeteiligung so gering?

Besprechen Sie Ihre Vermutungen und Überlegungen in einer kleinen Gruppe und fragen Sie dann Menschen, die 2009 wahlberechtigt waren, zum Beispiel Ihre Eltern, Bekannte oder Leute auf der Straße, ob sie an den Wahlen zum Europaparlament teilgenommen haben! Falls nein: Warum nicht?
Sammeln Sie Ihre Ergebnisse auf einem Plakat, stellen Sie dabei Argumente „pro und kontra wählen gehen“ in einer Tabelle einander gegenüber! Fallen Ihnen noch zusätzliche Argumente ein? Dann ergänzen Sie!

Aufgabe

Und Sie? Wie würden Sie sich verhalten?

Bitte begründen Sie Ihre Entscheidung! Was müsste geschehen, damit sich Ihre Einstellung verändert?

Ich würde ☐ wählen gehen ☐ zu Hause bleiben

Die Europäische Union – ein Zusammenschluss mit Zukunft

Die Europäische Union ist nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Motiv heraus gegründet worden, die jahrhundertelange Feindschaft zwischen den europäischen Staaten durch Freundschaft und Zusammenarbeit zu ersetzen.

Über 50 Jahre später kann man sagen, dass dieses Ziel erreicht worden ist. Zwar gibt es immer noch gegenseitige Vorurteile, aber keiner bedroht den anderen mit Krieg. Die Meinungsunterschiede werden im Konferenzraum ausgetragen und im Allgemeinen mit einem Kompromiss beigelegt, mit dem alle beteiligten Staaten gut leben können.

Europa steht heute vor neuen Herausforderungen – von der Abwehr des Klimawandels über die Mitgestaltung der Globalisierung bis zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Es ist völlig klar, dass kein einzelner Staat in Europa diese Aufgaben allein lösen kann. Aber zusammen sind wir rund eine halbe Milliarde Menschen mit einer starken Wirtschaft im Rücken und einer guten Bildung im Kopf. Gemeinsam können wir etwas ausrichten.

Es wird immer diskutiert und gestritten, wie die EU sich weiterentwickeln soll. Dabei gibt es keine Patentlösung, und die Vorstellungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten sind ganz unterschiedlich.

Die EU ist also ein „work in progress“, sie ist eine Institution, die sich verändert. Damit sie sich in die Richtung entwickelt, die wir, die Bürger Europas, für richtig halten, müssen wir uns einmischen. Der erste Schritt ist die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto stärker kann das Parlament auf Einfluss und Mitsprache pochen. Wenn wir nicht wollen, dass andere für uns entscheiden, müssen wir es selbst tun. Das Europäische Parlament hilft uns dabei.

Wir und Europa

Eine gute Möglichkeit, sich über das Europäische Parlament zu informieren, ist es, Ihre(n) Europaabgeordnete(n) einmal in die Schule einzuladen und auszufragen. Natürlich ist ein Gespräch mit einem Mitglied des Europäischen Parlaments nicht die einzige Möglichkeit, sich über Europa zu informieren oder sich gar selbst zu engagieren.

„Hoffentlich fandet ihr das interessant! Wenn ihr mehr wissen wollt, haben wir ein paar Tipps auf der rechten Seite zusammengestellt. Tschüss!“

Nachfolgend einige Tipps, was man lesen oder tun könnte, wenn man „mehr Europa“ im Kopf haben will:

- **Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland**
  Homepage: http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm
  Informationen zu vielen verschiedenen Themen, z. B. aktuelle EU-Themen, die EU-Kommission, Europa verstehen, arbeiten und Ausbildung in Europa, Europa gestalten etc.

- **Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland**
  Homepage: www.europarl.de/ oder http://www.europarl.europa.eu
  Informationen zu vielen verschiedenen Themen, z. B. aktuelle EU-Themen, das Parlament, Europa etc.; eine Unterrubrik ist speziell der Jugend gewidmet.

- **Bundeszentrale für politische Bildung**
  Homepage: www.bpb.de
  Großes Angebot an politischen Informationen und Materialien zu Europa, aber auch zu vielen anderen Themen, die man bestellen oder zu einem großen Teil auch online herunterladen kann.

- **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**
  Homepage: www.bundesregierung.de
  Aktuelle Informationen zur Politik der Bundesregierung.

- **Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland**
  Homepage: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Uebersicht_node.html
  Informationen zu vielen verschiedenen Themen, z. B. Aufgaben der EU, europäische Außenpolitik, Jugend und Europa, Finanzierung der EU etc.

- **Bundesinstitut für Berufsbildung**
  Homepage: www.na-bibb.de
  Das Bundesinstitut ist die nationale Agentur für das Leonardo-da-Vinci-Programm, mit dem Auszubildende einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren können. Auch für das Erasmus-Programm, das den Austausch von Studierenden organisiert, ist das Bundesinstitut als nationale Agentur tätig.

- **Junge Europäische Föderalisten und Junge Europäische Bewegung**
  Homepages: www.jef.de/; www.junge-europaeische-bewegung.de
  Die Jungen Europäischen Föderalisten sind die überparteiliche Jugendbewegung Deutschlands, die sich seit über 50 Jahren für ein vereintes Europa mit föderalen Strukturen einsetzt. Die Junge Europäische Bewegung ist Teil des großen Netzwerks der Jungen Europäischen Föderalisten JEF Deutschland bzw. JEF Europe. Informationen über Projekte und Veranstaltungen mit europäischem Bezug.

- **Café Babel**
  Homepage: www.cafebabel.de
  Europäisches und mehrsprachiges Nachrichtenmagazin, Analysen und Kommentare über Europa, Artikel zu verschiedenen aktuellen Themen.

Aufgabe

Stellen Sie doch die angegebenen Internet-adressen einmal auf den Prüfstand!

Teilen Sie sich dazu in Gruppen ein! Jede Gruppe nimmt sich eine Internetadresse vor und findet genau heraus, was es dort an Informationen und Anregungen gibt.
Was hat Ihnen an den Seiten gut gefallen, was nicht? Anschließend tragen Sie Ihre Ergebnisse den anderen vor. So kümmert sich jede(r) um eins – und weiß hinterher alles.
Viel Spaß dabei!

Island
Reykjavik
Schweden
Finnland
Norwegen
Helsinki
Russland
Oslo
Stockholm
Tallinn
Estland
Lettland
Riga
Moskau
Dänemark
Litauen
Vilnius
Minsk
Kopenhagen
Weißrussland
Irland
Dublin
Polen
Niederlande
Berlin
Warschau
Groß-
britannien
Amsterdam
Deutschland
Kiew
London
Ukraine
Brüssel
Belgien
Prag
Tschechische
Republik
Luxemburg
Slowakei
Kasachstan
Wien
Bratislava
Moldau
Paris
Liechtenstein
Budapest
Chisinau
Bern
Österreich
Ungarn
Rumänien
Frankreich
Schweiz
Slowenien
Ljubljana
Zagreb
Bukarest
Kroatien
Belgrad
Italien
Sarajewo
Serbien
Bulgarien
Monaco
Bosnien und
Herzegowina
Andorra
San Marino
Montenegro
Sofia
Georgien
Tiflis
Podgorica
Skopje
Aserbaidschan
Rom
Kosovo
Tirana
Mazedonien
Armenien
Baku
Portugal
Vatikanstaat
Albanien
Eriwan
Madrid
Ankara
Spanien
Griechenland
Türkei
Lissabon
Athen
Syrien
Irak
Iran
Valletta
Algerien
Tunesien
Malta
Zypern
Nikosia
Marokko